

Gegenüber dem von uns in *Prokla 29* aufgestellten Fragenkatalog (S. 151 f.) ist im Rahmen der Arbeitsteilung der Italiengruppe bei der Vorbereitung dieses Heftes das Thema des zweiten Teils auf die KPI eingeschränkt. Die programmatischen Texte der italienischen Kommunisten sind zwar in der letzten Zeit en masse ins Deutsche übersetzt worden, über die KPI selbst weiß man aber in der westdeutschen Linken weiterhin erschreckend wenig, so daß – ähnlich übrigens, wie wir in Teil I für die DC feststellen mußten – die hiesigen Debatten über den ‚Historischen Kompromiß‘ gewissermaßen stattfinden, ohne seine vorgesehenen Partner überhaupt zu kennen (1). Wir beschränken uns im Folgenden möglichst präzise auf „die Partei“, wie sie in der italienischen Linken heißt, wobei es uns – wie im Teil I – nicht darauf ankommt, in der sehr stark ideologisch geführten Auseinandersetzung für und wider den ‚Eurokommunismus‘ auf einer der beiden Seiten ‚Stellung zu beziehen‘, sondern darum geht, die in der westdeutschen Linken verbreiteten Wunsch- oder Schreckensbilder vom ‚Eurokommunismus‘ zugunsten einer genaueren Erfassung der realen (oder System-)Grenzen und Bedingungen der KPI-Politik verblassen zu lassen.

- Im *Hauptteil* des Artikels (Punkte 1. – 6.) versuchen wir, sowohl das *Profil der KPI heute* empirisch möglichst genau zu beschreiben, als auch Elemente einer *Strukturanalyse* anzugeben, wobei wir – ausgehend von einer Auseinandersetzung mit der aus der neueren Politologie stammenden These, die KPI sei zunehmend zu einer reinen ‚Wahlpartei‘ oder ‚Allerweltpartei‘ geworden – insbesondere eingehen auf das gewandelte Verhältnis der KPI zu den sozialen Konflikten, um dann – von ihrer sozialen Zusammensetzung, Mitgliedschaft und Kaderbildung her – die Elemente von ‚nationaler Volkspartei‘, von ‚Klassenpartei‘ und ‚Regierungspartei‘ in der neueren Entwicklung der KPI zu verfolgen (2).
- Nach einem *Exkurs* (Punkt 7.), der – anknüpfend an unsere Ausführungen zum politischen System Italiens in *Prokla 29* – in der sozialen und politischen Zusammensetzung der ‚Staatskaste‘ ein spezifisches Widerstandselement gegen die kom-

---

1 Zur Behebung des Mangels an Kenntnis über die ‚sozialistische Frage‘ hat Detlev Albers in seiner Textsammlung und Einführung zu „Demokratie und Sozialismus in Italien“, Frankfurt/Main 1978, erste Voraussetzungen geliefert. Hier ist noch viel nachzuholen, worauf wir an dieser Stelle jedoch nicht eingehen können.

2 Gegenüber der informativen Übersicht von H. Timmermann im Handbuch „Die politischen Parteien in Westeuropa“ (Hg. J. Raschke), Reinbek 1978, S. 327 ff. (ausführlichere Fassung in: Osteuropa, H. 5/78), die während der Abfassung dieses Artikels erschienen ist, versuchen wir v.a. die *Dynamik* der Entwicklung der KPI im letzten halben Jahrzehnt zu bestimmen.

- skizzieren wir die *Krise der Dezentralisierungsstrategie* der KPI (Punkte 8., 9.); um dann
- im abschließenden Versuch einer Synthese (Punkte 10. – 14.) auch auf einige Aspekte der *theoretischen Identitätskrise* des italienischen Kommunismus einzugehen.

## Symptome der Parteikrise

1. Die Kommunalwahlen vom 14. Mai dieses Jahres haben in der KPI – mit der größten Wahlniederlage seit 20 Jahren – einen schweren Schock ausgelöst: 9 %, d.h. ein Viertel ihrer Wählerschaft von 1976, hat ihr dieses Mal die Stimme verweigert (3). Ausnahmezustand im Zeichen der durch die blutige Moroentführung aufgeputschten öffentlichen Meinung? Oder Anzeichen einer „Tendenzwende“ in dem seit den 50er Jahren kontinuierlichen, seit 1975 stürmisch angewachsenen Stimmenzuwachs der Kommunisten? Die Tatsache einer so großen Wahlniederlage just in dem Augenblick, in dem die Kommunisten ihrem Ziel der Regierungsbeteiligung so nahe gekommen sind wie noch nie, hat in der Parteiführung heftige Selbstkritik ausgelöst (4). Diese richtet sich zwar nicht gegen den Kern der politischen Linie Berlinguers, die „Politik der breiten Verständigung“ mit der DC, die im Gegenteil – wie die Haltung der KPI zu den Referenden vom 12. Juni (5) und die Zustimmung zum neuesten Sparprogramm Andreottis zeigt – bis an die Grenze der Selbstverleugnung weiter praktiziert wird. Berlinguer selbst betont jedoch die Notwendigkeit stärkerer Eigenprofilierung und höheren Konfliktbereitschaft gegenüber der DC: „Die Physiognomie und autonome Initiative der Partei ist fließend und farblos geworden“, „austerità“ als Austeritätspolitik mißverstanden, „Strenge“ mit „Rigidität“ verwechselt worden: „wir waren zu großzügig, großzügig bis an die Grenze der Einfalt“.

Eines der wichtigsten Symptome der Krise der Partei ist die seit 1977 einsetzende *Stagnation der Parteiorganisation* und ein einschneidender Rückgang in der Jugendorganisation FGCI (Tab. 1). Am spürbarsten ist dies in den Großstädten

- 3 Da es sich hier um *Teilwahlen* mit knapp 4 Mio Wählern und Schwerpunkt im Süden handelt, sind sie nur bedingt repräsentativ, ein Vergleich müßte sich korrekterweise auf die Kommunalwahlen von 1972 beziehen. Vgl. dazu C. Ghini, „Analisi del primo voto dopo il 16 marzo“, in: *Rinascita* n. 20 (19.5.78). Sie bestätigen jedoch einen Trend, der sich bereits bei der Wahlniederlage vom 17.4.1977 in Castellamare und im Dezember 1977 bei den Schulwahlen angedeutet hatte.
- 4 Der Wortlaut der Rede Berlinguers auf dem Treffen der Regional- und Föderationssekretäre vom 25.5.1978 ist abgedruckt in: *L'Unita* (26.5.1978)
- 5 Der relativ hohe Prozentsatz von Wählern, der sich – entgegen dem Votum *aller* Parteien des „Verfassungsbogens“ – für die Abschaffung des Polizeigesetzes („Legge Reale“)(23 %) und des Parteienfinanzierungsgesetzes (43 %) ausgesprochen hat, signalisiert einen deutlichen Vertrauensschwund vieler Wähler gegenüber dem gegebenen Parteiensystem. Besonders große Legitimationsschwierigkeiten hatte jedoch die KPI, die 1975 selbst noch gegen das „Legge Reale“ gestimmt hatte.

(Turin, Genua, Mailand, Rom und Neapel), aber auch in traditionellen Hochburgen wie Bologna (6). Die Ursache sieht G. Cervetti (7) weniger auf Seiten der Arbeiter, deren Mitgliedsmoral im Gegenteil hoch sei, als vielmehr in der Enttäuschung und Resignation der städtischen Mittelschichten, die nach 1968 zur Partei gestoßen sind und des Subproletariats im Süden, dessen Vertrauen in die Veränderbarkeit der Gesellschaft angesichts der trotz linker Kommunalverwaltung fortdauernden sozialen Dauerkrise im Süden verlorengegangen sei.

### Trend zur Wählerpartei?

2. Die KPI – so schrieben 1969 die ausgeschlossenen Wortführer von *Il Manifesto*, „wird zu einer großen Wählerpartei, die die Proteste und Forderungen eines breiten Spektrums von sozialen Gruppen aufgreift, und diese auf institutioneller Ebene vertritt: d.h. sie wird zu einer großen demokratischen und reformistischen Kraft“ (8).

Hat die KPI – wie ihr von Seiten der „Neuen Linken“ häufig zum Vorwurf gemacht wurde – ihren Klassencharakter verloren, ist sie zu einer modernen Volkspartei nach sozialdemokratischem Muster oder gar zu einer reinen Wahlpartei („catch-all-party“) geworden?

Barbagli/Corbetta (9) haben in ihrer jüngst erschienenen empirischen Untersuchung über die Mitglieder- und Führungsstruktur der KPI 1968-1978 dieser These widersprochen. Sie zeigen auf, daß das von Fogliatti bereits unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg geprägte Selbstverständnis einer *Massenpartei*, die alle Kräfte des Volks erfaßt und sich in allen Poren der Gesellschaft einnistet, von der Parteiführung selbst in der Phase des kontinuierlichen Mitgliederschwundes (1954-68) nicht aufgegeben worden sei, nach 1968 aber, aufgrund des Mitgliederaufschwungs und der zunehmenden Verankerung in der gesellschaftlichen Realität, zusätzliche Bestätigung erfahre.

– Zwischen 1968 und 1976 hat sich die Zahl der Parteimitglieder um 301.935, d.h. 20,2 %, erhöht; der Anteil der KPI-Mitglieder an der Bevölkerung ist damit von 4,2

6 *Il Manifesto* (2.2.1978) berichtet, daß die Mitgliedswerbung („tesseramento“) hier 10 % unter der des Vorjahres liegt. Vgl. auch *L'Unita* (12.1.1978)

7 Einen guten Einblick in die innerparteiliche Diskussion gibt die vielbeachtete kritische Darstellung des gegenwärtigen Zustands der Organisation an der Basis von G. Cervetti, Verantwortlicher für Organisationsfragen bei der Direktion der PCI und anderer Regionalsekretäre „Il partito oggi, Il rapporto con le istituzioni e con le masse“ in: *Rinascita* (6.1.1978)

8 L. Magri, F. Maone, „Die Kommunistische Partei Italiens – Aufbau und Führungsmethoden“ in: *Kursbuch* n. 26 (Dezember 1971) S. 35

9 M. Barbagli/P. Corbetta, Partito e movimento: aspetti e rinnovamento del PCI, Iscritti e Quadri: 1968 - 1978 in: *Inchiesta*, a. VIII, n. 31 (Jan./Febr. 78), S. 3 ff.  
Soweit nicht anders vermerkt, stützen sich unsere empirischen Angaben auf diese sehr interessante und gründliche Analyse, die an der Universität Bologna in enger Zusammenarbeit mit dem Büro für Wahlen und Statistiken und der Organisationssektion der Direktion der PCI angefertigt wurde und der eine Fülle von bisher unausgewertetem Quellenmaterial zugrunde liegt.

% auf 4.7 %, d.h. um 12.4 % gestiegen. Damit ist eine deutliche *Tendenzwende* gegenüber dem seit 1954 unaufhaltsam scheinenden Mitgliederschwund zu verzeichnen (Tab. 1), wenngleich die nach dem Krieg überschrittene 2 Millionen-Grenze auch heute noch nicht wieder annähernd erreicht worden ist.

Der Mitgliederzuwachs erfolgt jedoch langsamer als der Wählerzuwachs in dieser Zeit, d.h. auf 1 Parteimitglied fallen 1968 5.72, 1976 7.02 Wählerstimmen (Tab. 1 – 4. Spalte) – ein sicheres Indiz für den *Trend zur Wählerpartei*, der von der Parteiführung jedoch keineswegs positiv gesehen wird:

„Wir sind mit einer sich öffnenden Schere zwischen Stimmen und Mitgliedern konfrontiert: dem Zuwachs an Konsens entspricht kein entsprechender Zuwachs an Organisationsstärke. Wenn es uns nicht gelingt, die Punkte der Schere anzunähern, werden wir nicht in der Lage sein, den Konsens zu halten, geschweige denn zu verwalten. Wir sind keine Meinungspartei: wir müssen eine Massenpartei sein“. (10)

– Der Aufwärtstrend in der Mitgliederentwicklung seit 1968 (verstärkt nach 1972) hat zu einer *nationalen Angleichung der territorialen Ungleichgewichte* der Partei geführt (dasselbe trifft für die Wählerschaft zu), da der Zuwachs am höchsten in den traditionell schwachen Parteizonen (*Süden und „weiße“ Regionen*) ist (Tab. 4). 1974/75 erhöht sich der Anteil der Neueintritte in Neapel um 31 %, Salerno 30 %, Cagliari 26 %, Brescia 29 %, Verona 28 % (11).

Dennoch ist die regionale Ungleichheit auch heute noch erheblich, wenn man bedenkt, daß 1974 knapp die Hälfte aller Parteimitglieder in den „Roten Regionen“, ein Viertel allein in der Emilia-Romagna ansässig waren.

– Tab. 5 zeigt, daß nach 1968 der Anteil der *Jugendlichen* im Alter von 18-25 Jahren erheblich gestiegen ist. Von einer Verjüngung der Partei kann deshalb nicht die Rede sein, weil auch der Rentneranteil (der Resistenza-Generation) steigt. Der Jahrgang der 35-45-jährigen ist heute an der Basis, aber auch in den Führungsgremien am schwächsten repräsentiert.

Ein Sonderproblem ist die Entwicklung der kommunistischen Jugendorganisation FGCI (Tab. 1 letzte Spalte und Schaubild 1). Sie ist unter dem Eindruck der Studentenbewegung 1968/69 auf die Hälfte zusammengeschrumpft; das 1972 einsetzende Wachstum macht bereits 1976/77 einem erneuten Mitgliederschwund Platz. Das gestörte Verhältnis zwischen Partei und ihrem Sorgenkind FGCI kommt darin zum Ausdruck, daß von 100 Parteimitgliedern 1953 noch 20 der FGCI angehörten, 1968 sind es noch ganze 7. Das zeigt, daß es der Partei trotz der ungeheuren Politisierung der italienischen Jugend in den letzten 10 Jahren nur auf der Wählerebene (12) gelungen ist, bei der Jugend aktive Zustimmung zu finden.

---

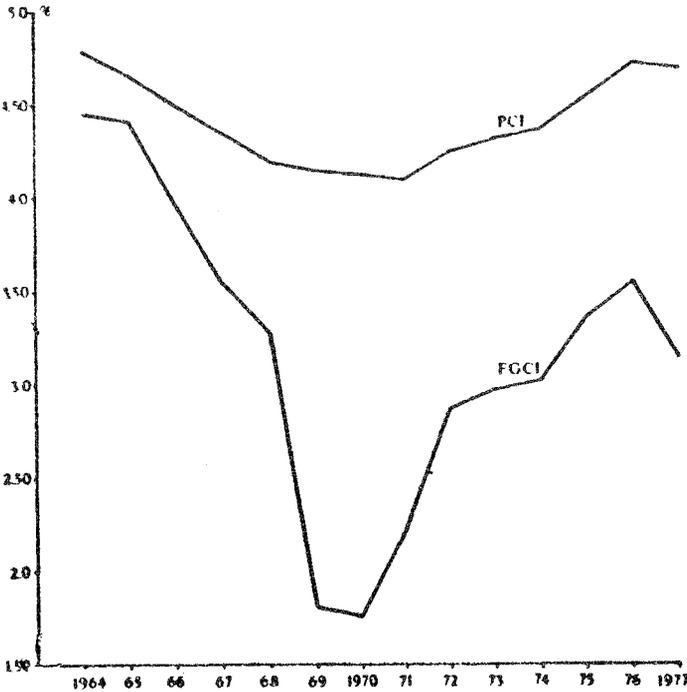
10 A. Papuzzi, Una machina celebre e misteriosa, in: *Nuova societa* (18.3.1977), S. 28 zit. nach Barbagli, a.a.O., S. 10

(Die PCI sieht sich heute mit einem neuen Phänomen des *Wechselwählers* konfrontiert. Es wird von ihr zur Erklärung des überraschenden Stimmenverlusts im Zeichen der Moro-entführung herangezogen. Vgl. E. Berlinguers Analyse der Wahlergebnisse in: *L'Unita* (26.5.1978)

11 *Il Manifesto*, 18.3.1975

12 Die Stimmen der Erstwähler zwischen 18 und 25 Jahren haben sich bei den Parlamentswahlen 1976 folgendermaßen aufgeteilt: DC (37.3 %); PCI (37.2 %); DP (8.9 %); PSI (6.2 %)

Schaubild 1: Entwicklung des Organisationsgrads der PCI und der FGCI 1964 – 1977



– Ähnlich wie bei den Jugendlichen verhält es sich bei den *Frauen*. Auch sie haben 1974/75/76 ganz wesentlich zu dem Stimmenzuwachs der Partei beigetragen (13), aber nur wenig Neigung verspürt, sich in der Partei zu organisieren. Die Statistiken zeigen, daß sich der Anteil der Frauen in der Partei im nationalen Durchschnitt relativ kontinuierlich um 20 % bewegt hat und auch die autonome Frauenbewegung diesbezüglich kaum Veränderungen bewirkt hat. Beträchtliche Differenzen sind allerdings auf territorialer Ebene festzustellen: im Süden liegt der Anteil der Frauen an der lokalen Parteimitgliedschaft bei 10 %, in der Toscana und Ligurien bei 24 %; allein in der Emilia ist ein traditionell überdurchschnittlich hoher Frauenanteil (37.4 %) zu beobachten. Kurios mutet die Tatsache an, daß vor 1956 die Frauen einen höheren Anteil der Mitgliedschaft repräsentierten als heute, doch ist zu vermuten,

); MSI (2.9 %); Rad. (2.4 %). (DP = Democrazia Proletaria = Wahlkartell der Neuen Linken). Vgl. A. Coppola, L'Italia del 20 giugno, in: *Rinascita* n. 25 (25.6.1976)

- 13 Nach G. Sani, „The Italian Electorate in the Mid-Seventies: beyond Tradition?“ sind 50 % der Stimmen, die die KPI 1976 erhalten hat, von Frauen abgegeben worden. Zit. nach Barbagli, S. 44, Fußnote 77

daß dies in den 50er Jahren stärker auf Wunsch des Familienoberhauptes geschah als heute (14).

Entsprechend der gesellschaftlich dominanten Rollenverteilung, die sich bis vor kurzem fast bruchlos in der Partei reproduziert hat, sind die Frauen in den Führungsgremien unterrepräsentiert: zu 13.5 % sind sie in den Föderationskomitees, zu 13 % im ZK und zu 6.1 % in der Parteiführung vertreten. Die jüngste Entwicklung läßt einen relativen Erfolg der Bemühungen um mehr Frauen in den Führungsgremien erkennen: Die Zahl der Frauen in den Föderationskomitees ist zwischen 1972 und 1975 von 639 auf 902 (15) angestiegen, ebenso hat sich der Anteil der KPI-Parlamentarierinnen, der 1968 einen Tiefstand erreicht hatte, bei den letzten Wahlen merklich erhöht. Auch die Zahl der über KPI-Listen in die Gemeinde- und Stadtparlamente gelangten Frauen ist 1975 auf weit über das Doppelte angestiegen (16).

### Partei und gesellschaftliche Konflikte

3. Dasselbe Phänomen der schwachen Repräsentanz der KPI in den Entscheidungszentren des Klassenkampfes und der neuen sozialen Bewegung, das wir bereits in Bezug auf Frauen und Jugendliche feststellten, läßt sich auch in Bezug auf die *Großstädte* beobachten.

„In den 12 größten Städten konzentriert sich ein großer Teil der Bevölkerung, der ökonomischen Potenz, der finanziellen Ressourcen, der Macht und des politischen Einflusses, der intellektuellen und kulturellen Energien des Landes ... Unsere Partei erhält in diesen Städten mehr als 1/5 der Stimmen, aber nur 1/8 der organisatorischen Stärke“ (17).

Barbagli/Corbetta sind in ihrer Untersuchung schwerpunktmäßig genau auf dieses Problem des Verhältnisses zwischen KPI und sozialer Bewegung, deren Zentren in den Großstädten im Nordwesten des Landes angesiedelt sind, eingegangen. Sie unterscheiden 2 Komponenten der sozialen Bewegung (Schaubild 2):

a) die *urbane Komponente*, repräsentiert durch die „68er Bewegung“, die mit ihren kulturrevolutionären Formen und Inhalten sich über die Studentenbewegung hinaus auf eine Vielzahl von Bereichen des städtischen Lebens erstreckt. Sie hat ihr Zentrum in den Großstädten im Nordwesten (besonders Mailand), greift aber rasch auf die Peripherie, d.h. die übrigen Großstädte des Landes über.

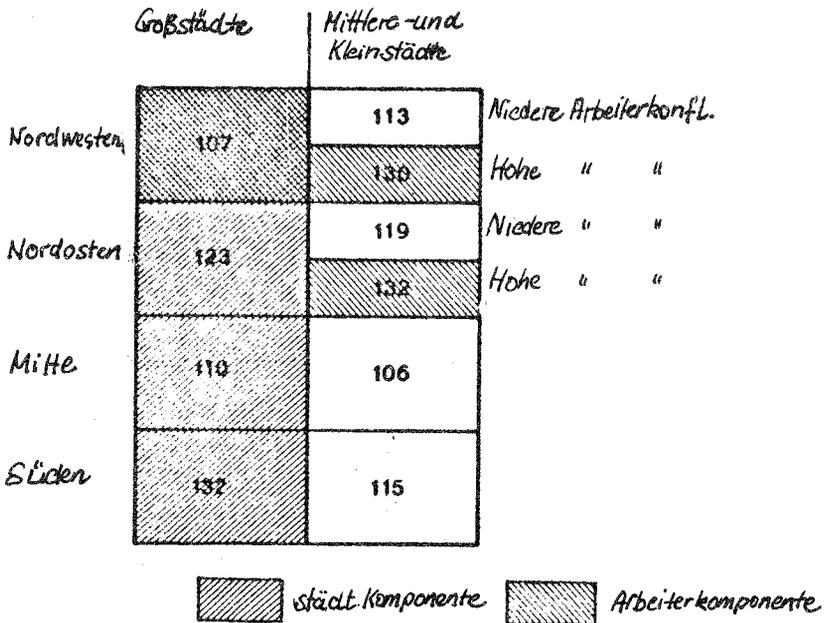
14 Da sich nach Ansicht vieler Kommunisten die Stärke der Partei in ihrer Mitgliederzahl ausdrückte, wurden viele Familienangehörige Parteimitglieder, ohne in der Organisation aktiv zu werden. Amendola berichtet, daß er bei der Übernahme der Organisationskommission Mitte der 50er Jahre zu seinem Erstaunen feststellte, daß viele Föderationen stapelweise von der Zentrale bezahlte Mitgliedsausweise konservierten, um den damals einsetzenden Mitgliederschwind zu kaschieren. G. Amendola, „Il rinnovamento del PCI“, Ed. Riuniti, Roma 1978, S. 62

15 G. Cervetti, „Partito di governo e di lotta“, Ed. Riuniti, Roma 1977

16 *L'Unita* (5.12.1977)

17 C. Ghini, „Vita politica e partecipazione nelle grande città“, in: *Rinascita* (23.10.1970), S. 6

Schaubild 2: Vergleich zwischen Mitgliederzuwachs der KPI (Organisationsgrad 1968 = 100) und Intensität der Bewegung



b) die *Arbeiterkomponente*, d.h. die neuen Formen von Betriebskonfliktualität, wie sie im „Heißen Herbst“ prototypisch in Erscheinung getreten sind. Auch sie hat ihr Zentrum in den Großstädten im Nordwesten, greift aber auch auf einen Teil der Provinzstädte mit hoher Arbeiterkonzentration im Nordwesten und Nordosten des Landes über.

In Bezug auf den Zusammenhang mit dem Mitgliederzuwachs der KPI kommen die Autoren zu folgendem Ergebnis: Das gängige Erklärungsmuster, daß sich nach 1972 in der rückläufigen Phase der sozialen Bewegung über die KPI eine Institutionalisierung der Konflikte vollzogen habe, trifft nur z.T. zu und muß weiter differenziert werden:

- In den städtischen Zentren der Bewegung im Nordwesten hat es die KPI auch nach 1972 schwer, Fuß zu fassen; die Zuwachsrate ist hier weiterhin gering. In Mailand liegt die Zuwachsrate 1975 noch immer 15 % unter der von 1968. Es kann hier keine Rede davon sein, daß die Bewegung in der Partei aufgegangen ist.
- Hohe Zuwachsraten lassen sich nach 1972 besonders in den durch die „68er-Bewegung“ beeinflussten Großstädten insbesondere des Südens und in den durch die neue Ausweitung der Arbeiterkämpfe in Bewegung geratenen Provinzstädte im Nordosten und -westen feststellen.

„Der organisatorische Aufschwung der PCI läßt sich nicht so sehr auf den Eintritt zentraler Sektoren der Bewegung in der Phase ihres Rückflusses zurückführen, als

vielmehr auf einen langsamen Prozeß der Absorption der Randbereiche der Bewegung, der bereits unmittelbar nach 1968 einsetzt.“ (18)

Die Schlußfolgerung, die daraus für die Charakterisierung der KPI zu ziehen ist, lautet: Die Partei zieht ihre Stärke nicht aus der offenen sozialen Dynamik der Klassenkämpfe und der kulturrevolutionären Bewegungen, sondern aus der Vereinheitlichung und Vermittlung der sozialen Bewegung ins politische System. Sie ist keine Avantgarde- und auch nur noch wenig Kampfpartei, sondern politische Vertretungsinstanz der Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Strömungen im politischen System (19).

Ihre nach 1972 zweifelsohne gestärkte Präsenz in der „società civile“ ist also weit *weniger sozial-mobilisierender als politisch-repräsentativer Natur*. Die Partei sieht ihre Aufgabe schwerpunktmäßig darin, die in der Gesellschaft aufgebrochenen Konflikte in einem weitverzweigten kapillaren Institutionensystem repräsentativer Natur in den einzelnen Bereichen (Schulen, Krankenhäuser etc.) und auf der untersten Ebene der staatlichen Verwaltung (Kommunen, Quartiere) mit den unterschiedlichen Interessen des eigenen sozialen Blocks und denen des herrschenden Blocks zu vermitteln.

#### Die KPI als „nationale Volkspartei“

4. Wie setzt sich der soziale Block der in der KPI organisierten und repräsentierten Kräfte zusammen und welche Veränderungen haben sich im Zeitraum 1968-76 vollzogen?

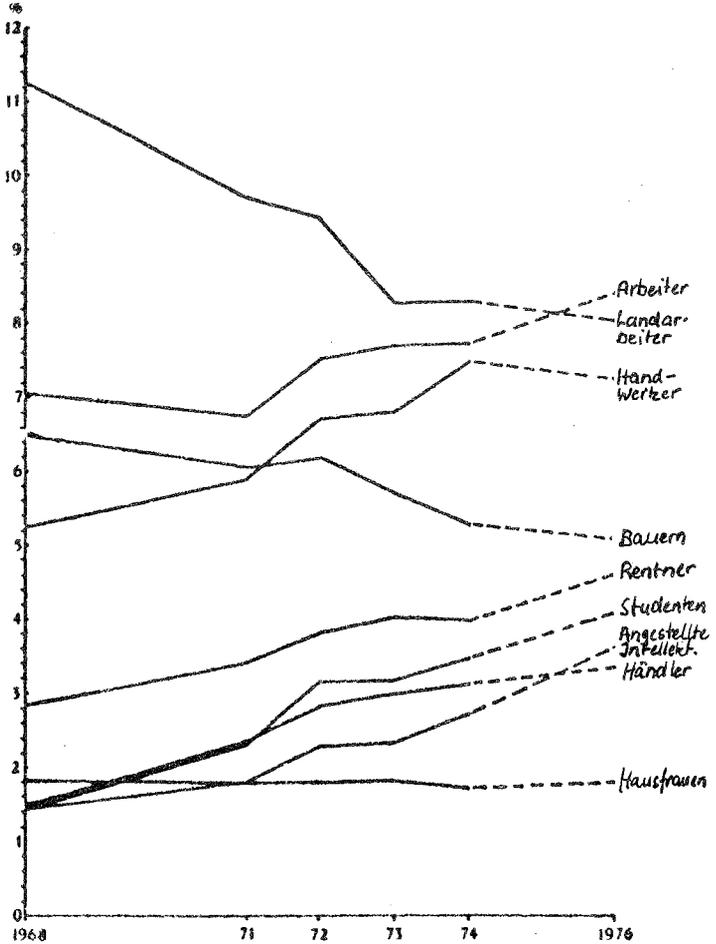
Eine Analyse des Wählerzuwachses bei den Kommunalwahlen vom 15. Juni 1975 und den Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 ergibt, daß es der Partei gelungen ist, über ihren traditionellen Wählerstamm des städtischen und ländlichen Proletariats und einen Teil der Mittelschichten in den „Roten Regionen“ hinaus Teile der katholischen Arbeitnehmerschaft, der neuen städtischen Zwischenschichten im Dienstleistungs- und Bildungsbereich, vor allem aber der Frauen und Jugendlichen für sich zu gewinnen. Ein überproportionaler Stimmenzuwachs ist vor allem im Süden zu verzeichnen. Neapel hat mit 43 % einen höheren KPI-Stimmenanteil als Turin. Wahl-

18 Barbagli a.a.O., S. 20

19 Magri/Maone konstatieren 1974, daß sich – verglichen mit 1969 – der Bezug der Partei zur Bewegung verbessert hat, daß die Erneuerung des Willensbildungsprozesses aber auf halbem Wege steckengeblieben sei, da die politische Linie – die Resultante eines politischen Vermittlungsprozesses sei, der die unterschiedlichsten Ansprüche und Erwartungen berücksichtigen müsse und daher zwangsläufig pragmatisch, wenn nicht gar ambivalent sei – aus einem langen und zeitraubenden Vermittlungsweg zwischen Ausarbeitung und Ausführung einer Aktion resultiert, d.h. die Aktion den Ereignissen zwangsläufig nachhinkt – in die Kompetenz der Verhandlungsführung von Experten fällt, die eine aktive Teilnahme der Basis immer schwieriger werden läßt.

L. Magri/F. Maone, „Problemi e organizzazione nell'esperienza del PCI“, in: „Classe, consigli, partito“, Il Manifesto, Quaderno n. 2, 1974, S. 196 ff. Es handelt sich um eine erweiterte Fassung des oben zitierten Kursbuchaufsatzes

Schaubild 3: Entwicklung des Organisationsgrads der verschiedenen sozialen Kategorien der KPI 1968 – 1976



analysen ergeben, daß nicht in den großen Städten mit der höchsten Arbeiterkonzentration, sondern in den Provinzstädten mit einem ausgeglichenen Anteil von *Arbeitern, Handwerkern und Angestellten* die Zuwachsraten am höchsten sind. Die *nationale Rolle* der Partei erfährt eine Stärkung nicht nur dadurch, daß sie als stärkste oder zweitstärkste Partei gezwungen ist, eine politische Führungsfunktion zu übernehmen, sondern auch durch eine wesentlich ausgeglichene territoriale Verteilung ihres Wähleranhangs.

Die relativ hohe Heterogenität in der sozialen Zusammensetzung nicht nur der Wählerschaft, sondern auch der Mitgliedschaft der Partei reicht bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. 1946 begründete Togliatti in einer berühmt gewordenen

Rede (20) die positive Haltung der KPI zu den traditionellen Mittelschichten. Um die Gefahr der gesellschaftlichen und politischen Isolierung der zahlenmäßig schwachen, auf den Norden konzentrierten Industriearbeiterklasse zu verhindern, die in den 20er Jahren die Niederlage der Arbeiterbewegung begründet habe, müsse die Partei in ihrer Bündnispolitik der italienischen Sozialstruktur mit ihrem noch relativ hohen Anteil kleiner Warenproduzenten Rechnung tragen.

In Mittelitalien hat das *Bündnis aus Arbeiterklasse und traditionellen, städtischen und ländlichen Mittelschichten* (Handwerker und Händler in den Städten, Bauern und Halbpächter („mezzadri“) auf dem Land) eine nicht nur die Partei, sondern vermittelt über sie auch das gesamte ökonomische und politische Leben bestimmende Stellung gewonnen (21). Die hegemoniale Rolle der KPI in diesen „Roten Regionen“ hat ihre materielle Grundlage in einem weitverzweigten, in das nationale Wirtschaftssystem organisch eingegliederten Kooperativsystem und in einem alle Lebensbereiche erfassenden Netz sozialer und kultureller Einrichtungen, in denen bis heute der Antifaschismus als dominante Ideologie lebendig geblieben ist. Die KPI fungiert in diesem demokratischen Block einerseits nach innen als Interessenkoordinator, andererseits vertritt sie – vermittelt über ihre dominante Position in den Regional- und Kommunalverwaltungen und als Planungsinstanz der sozialen Entwicklung – dessen Interessen gegenüber der staatlichen und privaten Großindustrie und Finanzbourgeoisie, sowie den zentralstaatlichen Instanzen (22). Daß gerade Bologna im Frühjahr 1977 zum Zentrum der neuen Studentenbewegung wurde (23), zeigt, daß die mit der ‚Marginalisierung‘ der arbeitslosen Studenten und Jugendlichen verbundenen neuen Widersprüche bislang auch in dem dezentralisierten Institutionensystem der „Quartiersräte“ keine angemessene Berücksichtigung gefunden haben.

... als Klassenpartei ...

5. Im Norden kommt der *Arbeiterkomponente* im sozialen Spektrum des Integrationszusammenhangs der Partei eine wesentlich stärkere Rolle zu, als in den übrigen Teilen des Landes; in Piemont, Venezien und der Lombardei beträgt sie über 50 %. Die Partei ist jedoch – darauf haben wir bereits oben hingewiesen – in den Klein- und Mittelbetrieben der Provinzstädte weitaus stärker gewachsen als in den industriellen Großbetrieben der Metropolen; daran hat sich trotz der enormen Politisierung und militanten gewerkschaftlichen Erfahrung der letzten 10 Jahre wenig geän-

20 P. Togliatti, „Ceto medio e Emilia Rossa, Conferenza tenuta a Reggio Emilia (24.9.1946), in: *ders.*, „La questione dei ceti medi“, Ed. Riuniti, Roma 1973

21 A. Graziani, „Le tre Italie“, in: *Quaderni Piacentini* a. XVII, n. 65-66 (Febr. 1978), S. 61 ff.

22 M. Serafini, „Come e nato il ‚modello emiliano‘ e come entra in crisi“, in: *Il Manifesto* (23.9.1977)

23 Th. Bieling, „Acht Tage im Roten Bologna. Die italienische Studentenbewegung in einer kommunistisch regierten Stadt“ in: *Politikon* n. 59 (April 1978), Zum Begriff ‚Marginalisierung‘ s. die Artikel zur Jugendarbeitslosigkeit und zur Studentenbewegung in diesem Heft.

dert. Tab. 3 zeigt, daß sich der, die gesamten 60er Jahre bestimmende absolute Rückgang der organisierten Arbeiter (24) 1968-71 weiter fortgesetzt hat, aber 1971-74 erneut ein großer Zustrom von Arbeitern, insbesondere im Süden, einsetzt. Daß die Arbeiterklasse, die mit einem relativ stabilen Anteil von 41 % (unter Einschluß von Hausfrauen und Rentnern 60 %) immer noch die weitaus stärkste soziale Komponente in der Partei darstellt, heute weit weniger als in den 50er Jahren das Gesicht der Partei prägt, hängt nicht nur mit der veränderten Stellung der Partei im politischen System, dem starken Rückgang von Arbeiterkadern in den Führungsgremien, sondern auch mit kulturellen Erscheinungen zusammen, die C. Donolo (25) als Prozeß einer fortschreitenden „soziokulturellen Homologisierung“ der Arbeiterklasse beschrieben hat: Gemeint ist eine soziokulturelle Angleichung des Proletariats an die übrige Gesellschaft aufgrund der Erosion der traditionellen Klassenkultur. Diese Entwicklung findet nicht zuletzt darin ihren Ausdruck, daß auch die Arbeiter sich immer mehr auf der territorialen Ebene der Sektion, als auf der Ebene der Produktion in Fabrik- und Betriebszellen organisieren. Die Zahl der Fabrikzellen ist von 11.495 (1954) und 3.819 (1967) auf 653 (1974) zusammengeschrunpft (26). Auf territorialer Ebene aber haben es selbst in Zonen mit einem relativ hohen Anteil von Industriearbeitern die Arbeiterkader schwer, sich gegenüber den akademisch gebildeten, verwaltungstechnisch routinierten und fachlich spezialisierten Vertretern der Mittelschichten durchzusetzen (27). Der Anteil der – hauptsächlich im Dienstleistungs- und Bildungsbereich tätigen neuen Mittelschichten an der KPI-Mitgliedschaft ist in den Städten zwischen 1971 und 1974 erheblich angestiegen; in den Führungspositionen (Tab. 2) haben sie sich eine dominante Stellung erobert.

Entscheidend für das zukünftige Verhältnis zwischen KPI und Arbeiterklasse wird sein, ob die Partei die sich im Verlaufe der Krise und Restrukturierungsprozesse vollziehenden *Veränderungen in der Klassenzusammensetzung* nicht nur registriert, sondern ihnen aktiv – in Mobilisierung und Organisation – zu begegnen versteht. Die dabei wichtigsten Probleme werden in der aktuellen italienischen Diskussion zur Klassenanalyse und Klassenpolitik mit den Begriffen ‚*Produktions-Dezentralisierung*‘ und ‚*Tertiarisierung*‘ bezeichnet:

– Die Dezentralisierung ganzer Produktionsbranchen ist eine spezifische Form der kapitalistischen Rationalisierung, die – in Reaktion auf die kampfstärke Klassenbewegung der Großbetriebe des Nordens (die ‚Rigidität‘ von Arbeitskraft und Lohn) – zur regelrechten *Spaltung des Arbeitsmarkts* geführt hat. Neben dem gewerkschaftlich starken ‚primären Sektor‘ des Arbeitsmarktes existiert ein ‚sekundärer Arbeitsmarktsektor‘ der in der Region ‚verstreuten Fabrik‘ (R. Alquati) v. a. in Klein- und Mittelbetrieben und durch die Ausweitung von Heimarbeit, der durch schwachen gewerkschaftlichen Organisationsgrad bzw. fehlende tarifliche und Arbeitsplatzsicherheit gekennzeichnet ist, und in dem – regional unter-

24 Nach L. Magri/F. Maone, Kursbuch a.a.O., S. 36 hat sich die Zahl der KPI-Arbeiter von 856 314 (1954) auf 617 039 (1967) reduziert.

25 C. Donolo, „Gli aspetti dell’egemonia“, in: *Rinascita* (7.4.1978)

26 L. Magri/F. Maone, „Problemi...“, a.a.O., S. 213, und G. Cervetti, a.a.O., S. 52

27 R. Gianotti, „Una leva di quadri dalle lotte operaie“ in: *Rinascita* (12.8.1977)

schiedlich – die Grenzen von Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit, Saisonarbeit, Unterbeschäftigung etc. verschwimmen (28) (was, wie Trentin in *Prokla* 31, S. 177 f., geschildert hat, auch die Gewerkschaftsbewegung vor ganz neue Probleme stellt).

- Dazu kommt die Tatsache, daß in den letzten Jahren das numerische Wachstum der Arbeiterklasse stagniert, der Anteil der Industriearbeiterklasse an der Erwerbsbevölkerung sogar gesunken ist, während im tertiären Sektor, im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich ein erhebliches Wachstum zu verzeichnen ist (29).

Das hier (v.a. unter den ‚operaistischen‘ Theoretikern in der letzten Zeit viel diskutierte) (30) *neue* Problem hat Aris Accornero prägnant als „Konflikt zwischen der nunmehr auftauchenden *politischen* Zentralität (der Arbeiterorganisationen in den Institutionen) und der infrage gestellten *sozialen* Zentralität (der industriellen Arbeiterklasse)“ auf den Begriff gebracht. Die im März dieses Jahres in Neapel stattfindende *Arbeiterkonferenz* der KPI hat zwar die Sensibilität gegenüber diesen Problemen, aber auch die durch rituelle Einmütigkeit und Militanz nur vordergründig kaschierte strategische Hilflosigkeit deutlich zum Ausdruck gebracht (31).

So faßt die Auswertung von 5 000 der Fragebogen, die von den ca. 6 000 Teilnehmern der Arbeiterkonferenz ausgefüllt worden waren und deren erste Ergebnisse jüngst vorgestellt wurden (32), brennpunktartig die Schwachpunkte der Präsenz der Partei in der Arbeiterklasse zusammen:

- Der *eher politisch-repräsentative als gesellschaftlich mobilisierende Charakter* der jüngsten Arbeiterzuwächse im Mitgliedsspektrum der Partei zeigt sich sowohl in der Zusammensetzung der Teilnehmer der Arbeiterkonferenz (ca. 2/3 sind *nach* 68, mehr als 1/4 sogar *nach* 75 in die Partei eingetreten; mehr als die Hälfte der Teilnehmer hatte jedoch keinerlei Aufgaben in der Basisarbeit der Partei, und 61 % keiner-

28 Die wichtigste neuere Literatur zu dieser Frage haben wir an anderer Stelle in unserem Kommentar zur italienischen Diskussion über die ‚zwei Gesellschaften‘, in: *Ästhetik und Kommunikation-akut*, Nr. 2 (vorr. September 77) aufgeführt.

29 Laut CENSIS-Bericht für das Jahr 1977 sind zwischen 1971 und 1976 900 000 Arbeitsplätze vor allem in der Bau-, Textil-, Nahrungsmittel- und Chemischen Industrie verlorengegangen. Während in der Großindustrie – allein in FIAT-Mirafiori sind in den letzten Jahren durch Blockierung der Neueinstellungen 9 000 Arbeitsplätze verloren gegangen – ein Rückgang von 140 000 Stellen zu beobachten ist, verzeichnen die mittleren Unternehmen und Handwerksbetriebe einen erheblichen Stellenzuwachs. Im Bereich der Zwischenschichten ist mit 600 000 neuen Stellen, davon allein 470 000 Lehrern, auf der Ebene der mittleren Angestellten die größte Expansion zu verzeichnen. Zwischen Arbeitern und Angestellten ist zwar eine Angleichung der Einkommensverteilung, aber eine geringe Durchlässigkeit zwischen den Sektoren zu beobachten. Bei den Jugendlichen zeichnet sich immer deutlicher die Bevorzugung von Büro- gegenüber der Industriearbeit ab. Staatliche Finanzierung und Ausweitung des Tertiärsektors haben sich als die wirksamsten Stabilisierungsfaktoren in der Krise erwiesen (vgl. *L'Unita*, 8.12.1977)

30 S. die Akten der Paduenser Konferenz vom Ende 1977: Napolitano/Tronti/Accornero/Cacciari u.a., „Operaismo e centralità operaia“, Roma, Ed. Riuniti, 1978; sowie den Kommentar von M. G. Meriggi dazu in *aut aut*, N. 164, S. 49 ff.

31 Vgl. dazu die sehr interessanten Beiträge von Accornero, Donolo, Trentin, Garavini, Napoleoni u.a. zum Thema „La classe operaia oggi – composizione materiale e identità culturale“, in: *Il Contemporaneo*, Beilage zur *Rinascita*, 7.4.78 (Nr. 14/78)

32 S. die Auswertung der Befragung durch Mannheim/Rodriguez/Sebastiani, in *Il Contemporaneo*, a.a.O.

lei gewerkschaftliche Aufgaben oder Funktionen) als auch in ihrem Urteil (in mehr als der Hälfte der Fälle beurteilten die Befragten die Mitgliedsentwicklung der Partei positiv – überdurchschnittlicher Zuwachs v.a. im Süden! – aber nur 13 % halten die Aktivität der Partei innerhalb der Fabrik für zufriedenstellend!). Diese Entwicklung ist im übrigen durchaus mit der „Krise der Fabrikräte“, die Bruno Trentin an gleicher Stelle mit schonungsloser Härte beschreibt, im Zusammenhang zu sehen!

– Ebenso zeigt sich in der Herkunft der Teilnehmer der Arbeiterkonferenz deutlich, daß die Partei weiterhin *im wesentlichen* die (Massen-)Arbeiter der Groß- und Mittelbetriebe organisiert (30 % der Befragten kommen aus Betrieben mit 100-500 Beschäftigten; fast 40 % aus Betrieben mit mehr als 1 000, im Süden sogar nahezu 60 %), mehr als die Hälfte aus dem Metallbereich. Diese männlichen, ca. 30jährigen Arbeiter, die zum großen Teil *nach* dem ‚heißen Herbst‘ Parteimitglieder geworden sind, sind gleichzeitig die ‚garantierten‘ Arbeiter, wie sich an ihrem für Italien vergleichsweise hohen Beschäftigungs- und Betriebsalter zeigt (anzianità di lavoro/di azienda): 2/3 der Teilnehmer der Arbeiterkonferenz haben zwar bereits in mehr als einem Unternehmen gearbeitet, doch nur 7 % haben weniger als 2 Jahre Betriebsalter; fast 40 % arbeitet seit über 10 Jahren im gleichen Unternehmen und ein weiteres Drittel mindestens 5 Jahre. Der gesamte Bereich des ‚zweiten Arbeitsmarkts‘, der prekären, Saison-, Schwarz- und Heimarbeit in der ‚verstreuten Fabrik‘ (der ‚nicht-garantierten‘ Beschäftigungsverhältnisse) fehlt in der KP-Mitgliedschaft nahezu völlig: Die Partei organisiert politisch die Arbeiter der Groß- und Mittelbetriebe in Nord- und Mittelitalien und der Großbetriebe im Süden. (Ca. 1/3 der Teilnehmer der Arbeiterkonferenz nur hält ihr Lebensniveau in den letzten Jahren für verschlechtert, im Süden jedoch sind es mehr als die Hälfte der Befragten).

Im *Süden* hat sich das Gesicht der KPI durch den Mitgliederboom der letzten Jahre sicherlich am stärksten gewandelt. Sie hatte hier in den 50er Jahren in den Kämpfen für die Agrarreform vor allem auf dem Land Fuß gefaßt; heute ist ihre agrarische Komponente (Landarbeiter und Kleinbauern), die 1968 noch 37 % betrug, auf 20 % gesunken, während in den Städten ein erheblicher Zuwachs bei den Arbeitern, den neuen Zwischenschichten und – in überdurchschnittlichem Maße – auch bei Intellektuellen und Studenten zu beobachten ist.

Allerdings zeigt die Organisationsstruktur hier ihre größten Schwächen. Die Funktionäre haben wenig Klassenkampf Erfahrung, das Parteileben ist nur unzulänglich in der gesellschaftlichen Realität verankert, die Tendenzen zu Bürokratisierung und Karrierismus sind hier bei Funktionären und Mandatsträgern wohl am stärksten ausgeprägt. Die Schwierigkeit der KPI, ihre Rolle als Massen- und Kampfpartei auszufüllen, hat sich am deutlichsten in ihrer Schwierigkeit mit den Organisationen der Arbeitslosen gezeigt. Selbstkritische Stimmen aus den eigenen Reihen betonen, daß aufgrund der mangelnden Bedingungen für eine Hegemonie der Arbeiterklasse im Süden die kulturpolitische Dimension, „die Reorganisation der Idee des Sozialismus unter dem Gesichtspunkt des Massenkampfs“ (33) zu der zentralen Aufgabe wird.

---

33 G. Vacca, „Dimensione statale e intellettuale massa – per un riesame della questione meridionale“, in: *Il Manifesto* (21.5.1978)

„Der Knoten der Krise der Sektion liegt hier: daß es ihr nicht gelingt, die extrem unterschiedlichen Terrains und Kampftypen – Wohnungsfrage, Urbanistik, Universität, Umweltschutz, – zusammenzufassen ... Es gelingt der Partei heute nicht mehr, sich zum Agent der Vereinigung der Kämpfe zu machen“ (34).

... und als „Regierungspartei“  
Der Funktionär „neuen Typs“

6. Zwischen 20 und 30 Jahre alt, Parteimitgliedschaft seit 1972, oft jedoch wesentlich jünger, Student oder abgeschlossenes Hochschulstudium, durch die 68er Bewegung politisiert, heute überzeugter, geradezu leidenschaftlicher Verteidiger der Politik Berlinguers, großes Rede- und Verhandlungsgeschick, selbstsicheres Auftreten: das ist die Durchschnitterscheinung des neuen Funktionärstyps, der seit Mitte der 70er Jahre auf mittlerer Parteiebene die Politik und das Alltagsleben der Organisation bestimmt. Gegenüber den Selektionskriterien, die jahrzehntelang die Kaderbildung bestimmt hatten, haben sich damit Veränderungen durchgesetzt, die vielleicht radikaler als alles andere das Erscheinungsbild und den Charakter der Partei verändert haben.

In den 50er Jahren rekrutierte sich das Führungspersonal der KPI auf der Ebene der Sektionen und Föderationen noch im wesentlichen aus der *Arbeiterklasse*, während auf der höheren Ebene und in der Parteiführung Intellektuelle meist kleinbürgerlicher Herkunft dominierten, die oft ein jahrzehntelanges, durch den Antifaschismus geprägtes politisches Engagement mit der Partei verband. Heute ist, wie Tab. 2 zeigt, auf der Föderationsebene der Anteil der Funktionäre, die aus der Arbeiterklasse kommen, auf 26 % abgesunken; der Rückgang ist besonders stark seit Anfang der 70er Jahre, obwohl der Arbeiteranteil an der Basis in dieser Zeit absolut und relativ zunimmt. Je höher die Ebene der Delegation ist, desto geringer ist der Repräsentationsgrad der Arbeitermitglieder. Im Parlament hat sich der Anteil der aus der Arbeiterklasse aufgestiegenen KPI-Parlamentarier von 14.5 % (1953) auf 8.7 % (1976) reduziert.

Umgekehrt ist die Entwicklung bei den neuen *Zwischenschichten* (Angestellte, meist im öffentlichen Dienst oder Bildungswesen, Studenten, Freiberufliche). Aus ihnen stammte 1954 3.3 % der Parteimitglieder und 34.5 % der Mitglieder der Föderationskomitees. 1974 sind es bereits 10.3 % der Parteimitglieder und 50.9 % der mittleren Funktionärebene.

Daraus ist zu schließen, daß heute nicht mehr Kampf- und Organisationserfahrung im unmittelbaren Produktionsbereich, sondern Kompetenz, Redegewandtheit und diplomatisches Geschick, eine fachliche und politische Sozialisation, die meist schon außerhalb der Partei erfolgte, die Führungsauswahl bestimmen. Die Partei wird zum Sprungbrett einer gesellschaftlichen Karriere, denn sie öffnet heute weit

---

34 B. De Giovanni, „Il partito oggi“, in: *Rinascita* (6.1.1978)

mehr als früher den Weg zu Positionen und Ämtern, die einen hohen Grad gesellschaftlicher Anerkennung mit sich bringen.

Von der Gefahr einer Überalterung des Funktionärskörpers, von der Ende der 60er Jahre viel die Rede war, ist heute nichts mehr zu spüren. Die meist sehr jungen progressiv-dynamischen Sektions- und Föderationssekretäre (1976 war über ein Drittel von ihnen jünger als 30 Jahre) verfügen jedoch häufig nur über wenig politische Erfahrung, die dazuhin – wie oft von der „alten Generation“ mit einiger Skepsis betont wird – fast ausschließlich im Zeichen des Erfolgs stand. Ein Drittel ist der Partei immerhin erst nach 1969 beigetreten, im Süden sind es z.T. weit über 40 %.

Dieser Generationswechsel hatte sich Mitte der 70er Jahre relativ lautlos vollzogen, da ein großer Teil der alten Generation in die kommunalen, regionalen und parlamentarischen Positionen aufgerückt war und so freiwillig den Jungen das Feld der organisatorischen Kleinarbeit überlassen hatte. Politisch hat er eine wesentliche Festigung der Linie Berlinguers mit sich gebracht, und zwar nicht in erster Linie durch eine (im übrigen praktizierte) geschickte Personalpolitik, sondern aufgrund der politischen Sozialisation der neuen Generation mittlerer Führungskader. Häufiger als bei den lokal verankerten und daher autonomen „alten Kämpfern“ machen sich bei den Jungen Aufsteigermentalität und Anpassung nach oben breit.

Mit dem Wandel von der Kampf- zur Regierungspartei ist ein Rückgang des politischen Lebens in der *Sektion* verbunden. Barbagli/Corbetta haben aufgezeigt, daß insbesondere in den großen Sektionen und dort, wo die Partei stark ist und bereits auf kommunaler und regionaler Ebene regiert, die Beteiligung ziemlich gering ist und selbst bei den politischen Diskussionen vor den Parteitag nicht über 20 % hinaus geht. Zudem hat sich das Aufgabenfeld und die politische Intervention auf institutioneller Ebene vervielfacht, was eine Zersplitterung der Parteiaktivitäten in einer Vielzahl sektorialer Initiativen unter der Kompetenz der jeweiligen Fachleute zur Folge hat.

Die Funktion der Basis reduziert sich dadurch immer mehr auf die Konsensbeschaffung und Massenmobilisierung für die von den Funktionären in den Institutionen vertretene Politik. B. Ferrero, Regionalsekretär von Piemont, warnt vor einem „Übermaß von Institutionalismus“, der sich in der Partei breit macht.

„Es besteht die Gefahr, daß die Partei in den Institutionen aufgeht, daß sie diese quasi zum ausschließlichen Terrain ihres Engagements macht“ (35).

### **Exkurs: Zwischenschichten und Staatsbürokratie Zur gesellschaftlichen Reservearmee der Democrazia Cristiana**

7. Bereits bei der Analyse der sozialen Basis der KPI in den ‚roten Regionen‘ stellen wir einen Zusammenhang fest zwischen der Rolle der KPI als institutionellem Vermittler sozialer Interessen und der breiten Fächerung des von ihr vertretenen gesellschaftlichen Blocks, der seit Kriegsende breite Teile der „Zwischenschichten“

(der *ceti medi*) mit umfaßt. Der Vorschlag des „Historischen Kompromisses“ stellt nun *auch* den Versuch dar, dieses in den ‚roten Regionen‘ erprobte Konzept von gesellschaftlicher Bündnispolitik und institutioneller Vermittlung von der regionalen auf die nationale Ebene zu übertragen. Wie insbesondere in der KPI-Diskussion im Herbst 1973, als die Hypothese des „Historischen Kompromisses“ formuliert wurde, verschiedene KPI-Führer hervorhoben, bilden die „ceti medi“ einen wesentlichen Knotenpunkt für die Perspektive einer nationalen Übereinkunft mit der DC (36). Denn:

- auf nationaler Ebene sei die Christdemokratie u.a. die *Partei der Zwischenschichten*, während sie gleichzeitig
- *Partei des Staates* ist, dessen „Geschichte, dessen Gebrauch und dessen Verwaltung“, wie es Mario Tronti jüngst provokant formuliert hat, in Italien nicht auf die Geschichte des Verhältnisses der beiden Hauptklassen zurückgeführt werden kann, sondern eine zweite, gleichsam ‚parallele‘ Geschichte bildet (36a).

Die neue Rolle der KPI als nationaler Regierungspartei rückt nun das Problem des Verhältnisses von Zwischenschichten und Staat, das in Italien eine *spezifische* Geschichte hat, in dem Maße verstärkt in den Gesichtskreis, wie die KPI versucht, „Staat zu werden“, in dem Maße also, wie sie *direkt* mit der staatlichen (und das heißt hier ebenso institutionellen wie sozialen) Identität der DC konfrontiert wird.

Ehe wir auf die KPI-Konzepte der staatlichen Dezentralisierung eingehen, erscheint es uns daher notwendig, an Überlegungen im ersten Teil des Artikels anknüpfend (*Prokla* 29), auf einige Zusammenhänge aufmerksam zu machen, die die Rolle der „ceti medi“ innerhalb der gesellschaftlichen Befriedungsstrategie der DC verdeutlichen. Wir beschränken uns hier allerdings auf *ein* neuralgisches Moment staatlicher Vermittlung: auf die ‚burocrazia statale‘ und die „ceti medi“ in ihrer Funktion als *politisch-administratives Personal*.

Gemeint ist die Kaste der Staatsbediensteten, die innerhalb des bürgerlichen Klientelblocks (d. „Staatsbourgeoisie“, V. Parlato) aufgrund ihrer gesellschaftlichen und politischen Relevanz das Kernstück darstellt. Es handelt sich dabei (37) um die

- 36 Zur starken Stellung der „ceti medi“ unter den Adressaten des „Historischen Kompromisses“, als dieser im Herbst 1973 formuliert wurde, vgl. beispielsweise Romano Ledda, „Prime riflessioni sull’esperienza cilena“, in: *Rinascita*, n.37 (21.9.1973), S. 8 f. Enrico Berlinguer, „Alleanze sociali e schieramenti politici“, in: *Rinascita*, n. 40 (12.10.1973), S. 3 ff; ferner „Chile – quattro domande“ (Tavola rotonda), in: *Rinascita*, n. 41 (19.10.1973), S. 15 ff.; sowie Ottavio Cecchi, „La macchia d’olio della ‚classe‘ media“, a.a.O., S. 10 f.
- 36a Mario Tronti in: „Operalismo e centralità operaia“, a.a.O., S. 292 (aus dem Thesenpapier für den Paduenser Kongreß). Auf seine neuerdings in der KPI an Einfluß gewinnende Konzeption einer ‚Autonomie des Politischen‘, also der Institutionen gegenüber den sozialen Bewegungen im Rahmen einer sozialistischen Strategie kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu das Vorwort von J. Agnoli zur italienischen Ausgabe „Lo Stato del capitale“, Milano, Feltrinelli 1978, S. 7 ff. und die im letzten Teil des Artikels angeführten Arbeiten von Federico Stame.
- 37 Soweit nicht anders vermerkt, vgl. f. die folgenden Ausführungen Saverio Caruso, „Burocrazia statale e borghesia in Italia“, in: *Inchiesta*, a.III, n. 11 (Juglio-sett. 1973), S. 29-44;

Staatsbürokratie im engeren Sinne, um die staatlichen Bediensteten in den zentralen und Außenbehörden der Ministerialbürokratie, die sich 1973 auf ca. 300 000 Personen beliefen (38).

Die *Aufblähung* des staatlich-bürokratischen Apparates, die ein zentrales Moment staatlicher Kontinuität seit dem Faschismus bis zur demokratischen Republik darstellt, wurde in den 50er und 60er Jahren von der DC zum System ausgebaut (39): es wurde damit, bezeichnenderweise, kurz vor den Wahlen im April 1948 begonnen, als der „Kalte Krieg“ ausbrach und die Mehrheitspartei DC nunmehr die Rekonstruktion des konservativ-zentristischen Herrschaftsblocks ins Auge fassen konnte.

In dem vorgegebenen Rahmen können wir lediglich auf zwei im Laufe der Entwicklung sich herausbildende *Konflikttherde* aufmerksam machen, die im übrigen die widersprüchliche Aufgabe der DC kennzeichnen, organische Partei des Kapitals und zugleich Partei des Staates sein zu wollen und zu müssen. Zum einen ist das mit den Begriffen von Hörigkeit und Erpressung wohl am ehesten zu charakterisierende Verhältnis zwischen DC und „razza amministrativa“ gemeint: Eine *Staatskaste*, die sich, aufgrund ihres numerischen und politischen Wachstums der letzten Jahre, als Klientel der Democrazia cristiana nur noch in dem Maße versteht, wie diese „Staat ist“. Gestärkt aus ihrer wachsenden Identifikation mit dem Staat hervorgegangen, tritt sie selbst der *politischen* Partei DC als Hüterin des Staates von staatsbezogenen Wertvorstellungen von staatlicher Kontinuität schlechthin entgegen: Wenn die DC – um ein Beispiel anzuführen – „zu weit“ zu gehen droht anlässlich der Schulreform (1972/73), indem sie die klassenspezifischen, gerade auch für die Rekrutierung der gehobenen Staatsdiener relevanten Selektionsmechanismen lockert oder – ein anderes Beispiel – wenn die DC die Staatsbediensteten dazu „zwingt“, ganz entgegen deren korporativen Vorstellungen von einer in sich geordneten Gesellschaft, zur ge-

38 Nicht berücksichtigt sind hier die Beschäftigten in den sogenannten „burocrazie parallele“ (enti parastatali und enti locali autonomi), deren Errichtung seinerzeit mit dem Versagen des traditionellen bürokratischen Apparates gerechtfertigt wurde, zugleich aber im Zusammenhang mit den klientelaren und elektoralistischen Vor- und Fürsorgemaßnahmen der DC zu sehen ist.

39 Zur genaueren Kenntnis der *DC-Kontrollmechanismen* ist wissenswert: 1) Es fand vor allem eine erhebliche *Vermehrung* der *Nicht-Planstellen* statt (natürlich neben einer solchen der Planstellen): d.h. über der Besetzung bzw. Verlängerung der befristeten und/oder sachlich gebundenen Stellen schwebt beständig das Damoklesschwert der politischen Konjunktur. 2) In der Folgezeit *wuchs* die Anzahl der offen stehenden Planstellen, während die *Zahl der „planmäßig außerplanmäßig“ Eingestellten* bei weitem die tatsächlichen Planstelleneinhaber übertraf und übertrifft. (Bes. die Ministerien für Finanzen, Verteidigung, öffentliche Arbeiten und das Schatzamt erledigen ihre Arbeiten überwiegend mit Nicht-Planstellen-Kräften). 3) Dieses eng verzahnte System von Bürokratie und politischer Macht, im übrigen ein wesentlicher Eckstein in dem skizzierten Gebäude der „centralità democristiana“ (siehe Teil I, S. 144 ff.), wird ferner durch die *Modalitäten der Stellenbesetzung* in Schwung gehalten: Die Besetzung der Nicht-Planstellen erfolgt in der Praxis nur zu etwa einem Drittel auf der Basis des üblichen „concorso“, eines stark formalisierten Wettbewerbsverfahrens, während in der Mehrheit aller Fälle „andere Gründe“ den Ausschlag geben, d.h. daß klientelaren und kooptationsähnlichen Praktiken auch hier Tür und Tor geöffnet sind.

werkschaftlichen Waffe des Streiks zu greifen, anstatt ihren berechtigten Forderungen doch gleich stattzugeben.

Der zweite Konflikttypus rührt aus dem Verhältnis von DC-Staat, dieser verstanden als die politische Organisation der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse und einzelnen Kapitalfraktionen.

Wir haben im früheren Zusammenhang (s. Teil I, S. 144 ff.) Phänomene wie Klientelismus, Parasitentum u.ä. in ihrer Funktion als politisches-gesellschaftliches Bindegewebe im DC-System herausgearbeitet und uns mit den daraus resultierenden „Kosten“ für den ökonomischen Akkumulationsprozeß auseinandergesetzt. Dieses Problem wiederholt sich nun im Verhältnis: Kapital auf der einen und scheinbar wildwüchsiger und disunktionaler Staatsbürokratie auf der anderen Seite. Deren Ineffektivität, ihr unmäßiges Verschlingen enormer Finanzmittel, d.h. letztlich ihre *Arbeitsunproduktivität* sind Bedingungen und Folge zugleich ihrer „numerischen Produktivität“, also ihrer *politischen Produktivität* als „gesellschaftliche Reservearmee“ der DC.

Der systematische Ausbau dieses schwerwiegenden Sektors innerhalb des herrschenden Blocks läßt sich nur im Rahmen der „ceti medi“-Politik der DC begreifen. Zunächst liegt auf der Hand, daß in dem (noch) spezifisch italienischen „System der erweiterten Reproduktion von Arbeitslosigkeit“ (siehe Teil I, S. 141) das durch den Staat kontrollierte Auffangbecken „Verwaltung und Bürokratie“ als Stabilisierungsinstrument erheblich an Bedeutung gewonnen hat, zudem es sich politisch außerordentlich flexibel handhaben läßt. Die in dieser Form ausgeübte *Kontrolle hoher permanenter Arbeitslosigkeit* kommt in erster Linie den „ceti medi“ „zugute“, aus denen sich die Staatsbediensteten in ihrer Masse rekrutieren.

Darüber hinaus haben wir es hier mit einer für Italien bezeichnenden und wichtigen Ausprägung gesellschaftlicher Integration durch den Staat zu tun. Wichtig sowohl im Hinblick auf den Funktionswandel in Richtung *Staatspartei*, den die DC während ihrer dreißigjährigen Machtausübung durchlaufen hat, wichtig aber auch deshalb, weil es der interklassistisch sich preisenden DC hier gelungen ist, überwiegend aus den Zwischenschichten kommende, tendenziell marginalisierte, Massen in prekärer sozialer Lage durch ihre *Hereinnahme in den Staat*, eben an denselben (und an die DC) zu binden. Dieser *Prozeß der Einbindung* weiter Teile der „ceti medi“ in den Staat, im Sinne ihrer *autoritären Subsumierung* unter ihn, wurde von Theoretikern des *Korporativismus* z.T. vor der faschistischen Machtübernahme in Italien bereits gedanklich antizipiert (40). Dieser Prozeß ist in mehrfacher Hinsicht

---

40 Im Zusammenhang mit der Theoretisierung der *planmäßigen* Einbindung der Massen in den Staat, wobei den „ceti medi“ *Vermittlungsfunktionen* auf *politisch-institutioneller* Ebene zwischen Bourgeoisie und Proletariat zukommen, ist zuerst der Name Alfredo Rocco zu nennen. Unter den italienischen Korporativisten einer der modernsten Köpfe sowie ein Mann der Praxis (als langjähriger Justizminister unter Mussolini) ging es ihm im wesentlichen: „um eine zeitgemäße institutionelle Strategie des autoritären Staates“ (Ungari). Der Hinweis und weitergehende Überlegungen zu Fragen der Kontinuität gehen auf eine Vorlesung J. Agnolis zurück („Kapitalismus und Faschismus: Das korporative System in Italien“, *F.U. Berlin*, SS 1978), die, so ist zu wünschen, demnächst als

relevant auch für die uns interessierende Frage nach der „Vermittlungs“-Politik der KPI gegenüber Institutionen/Staat wie gegenüber den Zwischenschichten, denn die in das streng hierarchische System (bestehend aus 5 Laufbahnen) eingepaßten Staatsdiener stammen längst nicht aus allen „Schichten des Volkes“, wie es die aus dem antifaschistischen Widerstandskampf stammenden Väter der Verfassung wollten. Die Auslesemechanismen zugunsten der subalternen Schichten funktionieren gleich mehrfach: die „richtige“ familiäre Erziehung und der richtige schulische Werdegang lesen ebenso aus, wie die letzte Selektionsstufe, die Eignungstests („concorso“), die über schichtspezifische Kenntnisse (Dante-Lektüre, lateinischer Zitatenschatz) ein ebensolches „savoir faire“ einfach voraussetzen, und schließlich die Selektions- und Aufstiegsnormen innerhalb der Ämter selbst. Mit dem Ergebnis, daß letzten Endes die gehobenen und hohen Staatsdiener in ihrer überwiegenden Mehrheit unter sich bleiben. Sie kommen hauptsächlich aus Angestellten- und Kleinbürgerschichten. Das Bild von der im wesentlichen in sich ruhenden, selbstzufriedenen Kaste der am Staat sich orientierenden Bediensteten wird allerdings nachhaltig getrübt, und nicht nur, wie wir bereits sahen, aufgrund ihrer *existentiellen* Bindung an die *politische* Staatspartei DC. Denn die hypertrophe Bürokratisierung des Staates ging (und geht) einher mit der „Etatisierung“ besonders *krisisbedrohter* Schichten innerhalb der „ceti medi“, denen der Staatsdienst oftmals, wohl oder übel, als letzte Chance bleibt; im wesentlichen handelt es sich um permanent von Arbeitslosigkeit bedrohte *intellektuelle Arbeitskraft*.

Dies trifft für ganz Italien zu. Verschärft wird die Situation noch durch die ökonomischen und sozialen Auflösungsprozesse im Südteil, im Mezzogiorno (41), wo zusätzlich den *alten* Zwischenschichten der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Das besonders weit entwickelte *Klientel-System* der DC im Mezzogiorno sowie, auf nationaler Ebene, der hohe Grad der „*Meridionalisierung*“ der italienischen Bürokratie sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Die staatliche Bürokratie ist zu einem zentralen (und mehr und mehr einzigen) Vehikel im Mezzogiorno geworden, das den von Deklassierung bedrohten Schichten innerhalb der „ceti medi“ zum sozialen Aufstieg bleibt, oder ihnen doch Schutz bietet vor Proletarisierung – bzw. präziser – vor Marginalisierung angesichts der Verengung der italienischen Produktionsbasis.

Über diese spezifische Problematik hinaus heißt „*Etatisierung*“ der Zwischenschichten in hohem Maße: Hereinnahme in den Staat von durch *Arbeits- und Perspektivlosigkeit* bedrohten *Mittel-, Ober- und Hochschulabsolventen*. Diese finden, wenn überhaupt, in der staatlichen Bürokratie einen (zumeist „außerplanmäßigen“) Arbeitsplatz, sehr viel *seltener* indes finden sie hier eine ihrer Qualifikation angemessene Arbeit: Hochschulabgänger verrichten Arbeiten von Oberschülern bzw. „ausführende Arbeiten“. Und selbst Inhaber leitender Positionen hatten aufgrund ihrer Ausbildung zunächst nicht vor, in die Staatsverwaltung zu gehen. Umfragen er-

---

Buch erscheint. Sehr informativ auch Paolo Ungari, „Alfredo Rocco e l'ideologia giuridica del fascismo“, Brescia 1974.

41 S. Carlo Donolo, „Ungleichmäßige Entwicklung und Auflösung gesellschaftlicher Strukturen“, Berlin 1974

gaben, daß ca. 60 % der hohen Staatsbediensteten zu ihrem Arbeitsplatz aufgrund „passiver Motivation“ gekommen waren (d.i. Mangel an Alternativen; schnelle Verdienstmöglichkeit; relative Arbeitsplatzsicherheit, u.ä.), und daß auf die Frage, ob sie ihre Berufs„wahl“ gegebenenfalls wiederholen würden, ca. 50 % mit „no“ antworteten.

Diesem Bild der *widerspenstigen Einbindung* in den Staat widerspricht nur scheinbar, daß die Staatsbediensteten sich als *die* Vertretung des „ceto medio“ schlechthin verstehen und nun eben aufgrund ihrer Stellung im Staat sich als wahrhaft *gesellschaftlich-nationale* Kraft sehen, mit Anspruch daher auf besondere Privilegien. „Die ceti medi sind Leute, die sich in den Rängen der Freien Berufe und der Beamtenschaft qualifiziert haben... Ihnen, mehr als allen anderen, stehen daher die Möglichkeit, die Pflicht, ja das Recht zu, die Staatsangelegenheiten zu lenken und zu führen.“ (42) Dieses Bewußtsein beseelt im besonderen Maße a) die aus dem Mezzogiorno kommenden b) leitenden Beamten.

Veröffentlichungen in dem Organ der leitenden Beamtenschaft, ‚Burocrazia‘, machen im übrigen deutlich, daß selbst schon in den jungen Jahren der Republik und des „regime DC“ ein ausgeprägtes Bewußtsein vorhanden war von der *politischen Vermittlungs*-Aufgabe des *ceto medio* im *Klassenstaat* als Repräsentant *staatlicher Bürokratie*.

„Die des Beamten ist eine Position für sich“ – so heißt es 1952 in der ‚Burocrazia‘ –, „die gegenüber den anderen gesellschaftlichen Schichten autonom ist. Im Hinblick darauf muß man die Geburt der Beamtenschaft als Klasse untersuchen. Die von ihr ausgelöste soziale Mobilität wird ohne Zweifel von entspannender Wirkung auf die Klassengegensätze sein, die mit dem Auftreten der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse entstanden sind. Mehr noch: die Angestellten- und Beamten-Klasse muß den Platz der alten Mittelschichten einnehmen, denn diese, mit Traditionen vollgestopft, sozial unbeweglich und andauernd in Krise, sind ständig in Gefahr, Beeinflussungen anheimzufallen, ja selbst vom Klassendenken geprägten Einflüssen. Das Beamtentum macht deutlich, daß die marxistische Klassenkonzeption überwunden ist, deshalb kommt ihm nicht nur soziale, sondern vielmehr politische Bedeutung zu“.

Angesichts des von häufigen Regierungskrisen, taktischen Manövern, „Korridor“-Kämpfen und ultraschlaun Regierungsformeln geprägten politischen Alltags im „regime DC“ gewinnt für den Durchschnittsbürokraten – trotz des Chaos in seinem Amt, trotz eventueller eigener Unfähigkeit zum Beamten – dennoch (und gerade) das *Bewußtsein vom Staat* an Solidität: „Die Regierungen kommen und gehen, der Staat bleibt bestehen“ – sagt eine häufige Redewendung. Die Forderung nach einer „allgegenwärtigen Bürokratie“ wird zur Sicherheitsformel in diesen unruhigen Zeiten politischer und vor allem gesellschaftlicher Krise.

## Krise der Dezentralisierungsstrategie

8. Jede gesellschaftsverändernde Politik stößt unausweichlich auf das Problem der herrschaftssichernden Bürokratie, die – wie wir sahen – in Italien zudem noch in

---

42 „Ceto medio, forza del paese“ (M. Vocino), in: *Il Tempo*, (14. Juni 1954), zitiert nach Caruso, a.a.O., S. 34.

ganz spezifischer Weise in der historischen und sozialen Realität des Landes verwurzelt ist. Die KPI hat versucht, diesem Problem, das sich mit besonderer Dringlichkeit in dem Augenblick stellt, wo sie sich konkret mit den Aufgaben einer Regierungspartei konfrontiert sieht, dadurch Rechnung zu tragen, daß sie:

- a) den Einfluß der konservativsten Gruppen im Staatsapparat durch politisch-parlamentarische Kontrolle von außen ebenso wie durch Förderung gewerkschaftlicher Organisierung von innen heraus zu neutralisieren sucht;
- b) der Machtkonzentration im zentralen Verwaltungsapparat durch eine möglichst weitgehende Dezentralisierung der staatlichen Kompetenzen auf die Ebene der *Regionen und Kommunen* und der Herausbildung einer neuen Schicht kompetenter Verwaltungsexperten entgegenwirkt;
- c) der Gefahr einer ausschließlich technokratischen Verwaltungsreform durch institutionell garantierte Einfluß-, Kontroll- und Mitsprachemöglichkeiten der Öffentlichkeit auf der untersten Ebene der Verwaltung („*Quartiersräte*“) zu entgehen sucht.

Wir können uns hier nur darauf beschränken, einige Widersprüche aufzuzeigen,

– die einerseits aus der Unvereinbarkeit einer breiten Demokratisierung der Verwaltung mit der konsensuellen Einbindung der „*ceti medi*“ und der Politik der Verständigung mit der DC

– und andererseits aus der Schwierigkeit, im Zeichen der sozialen Dauerkrise auf institutioneller Ebene einen dauerhaften aktiven Basiskonsens zu organisieren, resultieren.

Die Wahlen vom 15. März 1975 haben der KPI einen erheblichen Machtzuwachs auf der unteren und mittleren Institutionenebene des Staates erbracht. Hatte sich bis dahin ihr unmittelbarer Einflußbereich auf die drei „Roten Regionen“, 20 Provinzen und einige mittlere Großstädte wie Bologna beschränkt, so waren ihr nunmehr mit einem Schlag mehr als ein Drittel der öffentlichen Positionen im Bereich der Kommunal-, Provinz- und Regionalverwaltung zugefallen. Heute übt die KPI in 14 der 20 Regionen Italiens einen bestimmenden politischen Einfluß aus (43), in fast allen Großstädten nördlich Roms, aber auch in Neapel und anderen Städten des Südens regiert eine linke Stadtverwaltung. Dies bringt nicht nur den relativ bruchlosen Integrationsprozeß der KPI in den Staat zum Ausdruck, sondern – mit Über-

---

43 Die Zahl der „Roten Regionen“, in denen die Linke die absolute Mehrheit hat, ist über die drei traditionellen (Emilia-Romagna, Toscana und Umbrien) auf sechs (Piemont, Ligurien und Lazio) angewachsen, in 8 weiteren Regionen (Lombardei, Marche, Campanien, Abruzzen, Basilicata, Calabrien, Sizilien und Sardinien) ist die Regierung auf die äußere Unterstützung der KPI angewiesen. Hier hat die KPI parallel zu der Entwicklung auf nationaler Ebene zunächst eine Einigung auf der Grundlage eines von allen Parteien des „Verfassungsbogens“ unterstützten Regierungsprogramms, seit Ende 1977 sogar – wie in Sizilien – auf der Grundlage einer Allparteienregierung angestrebt. Aber auch in den „Roten Regionen“ war die PCI um die Einbeziehung der DC in den Regierungskonsensus bemüht, was nicht zuletzt darin zum Ausdruck kommt, daß sie ihr freiwillig die Posten der Präsidentschaft des Regionalrats der Emilia und von Lazio überließ, die DC jedoch trotz dieses „institutionellen Kompromisses“ keine Gelegenheit verpaß, ihre Oppositionsrolle bis hin zur offenen Sabotage auszuspielen.

nahme konkreter Regierungsverantwortung im Zeichen der Krise – auch verschärften Legitimationsdruck gegenüber ihrer eigenen sozialen Basis.

Von Anfang an kennzeichnete das krasse Mißverständnis zwischen dem Ausmaß der Probleme in den Städten und den zu ihrer Lösung zur Verfügung stehenden legalen und finanziellen Mitteln die Situation der „roten“ Administrationen. In Großstädten wie Neapel, Rom, Turin und Mailand sind die aus der chaotischen Stadtentwicklung der letzten Jahrzehnte resultierenden Strukturprobleme (Bodenspekulation und Mangel an sozialem Wohnungsbau, Verkehrschaos und Luftverpestung etc.) viel zu tief in den lokalen Machtverhältnissen verwurzelt, als daß sie mit den Mitteln des „buon governo“, d.h. der unbestechlichen und effizienten Verwaltung allein zu bewältigen wären. Sie werden z.T. überlagert von neuen Problemen, die aus der Jugendarbeitslosigkeit und der zunehmenden Sinnentleerung des Lebens resultieren (Jugendkriminalität, Drogensucht, Terrorismus). In diesen Städten haben sich seit Mitte der 60er Jahre auf Stadtteilebene zahlreiche spontane Initiativen und Basiskomitees gebildet, die es ablehnten, ihre sozialen und politischen Forderungen weiterhin an den Staat und die Parteien zu delegieren und die stattdessen versuchten, die Betroffenen selbst für die Lösung der konkreten Probleme des Alltags zu aktivieren und zu mobilisieren. Ihre Aktionen richteten sich direkt gegen die zentralistische, dem konkreten gesellschaftlichen Lebensprozeß entfremdete Bürokratie, zielten jedoch weniger auf eine Demokratisierung der institutionellen Strukturen, als auf die Initiierung eines massenhaften sozialen Lernprozesses unter den Betroffenen ab.

Die von der KPI im kommunalen Bereich nach dem Vorbild des „Quartiersrätemodells“ von Bologna vorangetriebene Dezentralisierungspolitik stellt ihrer Konzeption nach einen Vermittlungsvorschlag zwischen den spontanen Basisinitiativen und einer am Kriterium der Effizienz orientierten Verwaltungsreform dar.

Kerngedanke dieser Konzeption von Kommunalpolitik ist, der seit Ende der 60er Jahre als Massenbedürfnis erkannten Forderung nach einer neuen Qualität und Ausweitung der sozialen Dienstleistungen in einer neuen, die Schranken des bürokratischen und repräsentativen Verwaltungssystems sprengenden Form Ausdruck zu verleihen: Historische Altstadtanierung, die den „gemischten Lebensraum“ in den Zentren zu erhalten sucht, Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, Errichtung von Kindergärten, Vorschulen und „Ganztagsschulen“, Gesundheitsambulatorien, Kulturzentren und Bürgerhäuser, Einschränkung des privaten Verkehrs zugunsten des öffentlichen etc. Auf die Planung und Verwaltung sollen alle Betroffenen nicht nur kontrollierenden, sondern initiierenden Einfluß haben.

Die institutionelle Dezentralisierung der Verwaltung im kommunalen Bereich, wie sie seit Mitte der 60er Jahre in Bologna entwickelt worden war, hat sich heute – abgesichert durch ein nationales Gesetz (44) – in den meisten italienischen Groß-

---

44 Das am 8.4.1976 erlassene Gesetz 278 über „Normen zur Dezentralisierung und Partizipation der Bürger in der kommunalen Administration“ sieht – mit möglichen Übergangsregelungen – die Direktwahl der „Quartiersräte“ bzw. „consigli di circoscrizione“ vor, die Bildung von Arbeitskommissionen, in denen auch interessierte Normalbürger mitarbeiten können, Stadtteilversammlungen, die auf Entscheidung des Quartiersrates oder

städten durchgesetzt. Aber im Gegensatz zu der Situation unmittelbar nach dem 15. Juni 1975 ist heute die Massenpartizipation der Basis weitgehend erlahmt, und zwar nicht nur auf Seiten der autonomen Basisinitiativen, bei denen sich – wie im Fall der „centri sociali“ (45) – erneut ein antiinstitutionelles Politikverständnis durchgesetzt hat, sondern auch auf Seiten der Parteibasis, die sich mit der Delegation des parteipolitischen Engagements auf die Mandatsträger in den Institutionen abgefunden zu haben scheint. Die Ursache dafür ist einerseits darin zu suchen, daß die „Quartiersräte“ meist nur ungenügend in der sozialen Realität des Stadtviertels verankert sind, die aktive Mitarbeit sich daher im wesentlichen auf die Delegierten der linken Parteien und die von der Kommune beauftragten „Experten“ reduziert, so daß auch die „Quartiersräte“ nicht über die Erfahrung einer „demokratischen Bürokratie“, d.h. einer Beschränkung auf Effektivierung und Rationalisierung der Verwaltung hinausgehen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die Politik der KPI heute weit weniger an der Entfaltung neuer Formen der Massenpartizipation und Selbstverwaltung, als an der programmatischen Verständigung mit der DC und an einem Parteikonsens über die Modalitäten der Machtverteilung orientiert ist. Angesichts dieser Stillhalte- und Konfliktvermeidungspolitik breitet sich auch innerhalb der KPI und der von ihr mitregierten Kommunen erneut Verwaltungsroutine und reine Stellvertreterpolitik aus.

Der institutionell gesicherte Spielraum sozialer Konfliktformen reduziert sich immer mehr, die Ausbreitung eines neuen Ordnungsdenkens, das den Staat zum Verhaltensmodell aller politischen Kräfte erklärt, vollzieht sich heute auch über die neuen gesellschaftlichen Vermittlungsinstitutionen (46).

---

einer qualifizierten Mehrheit der Quartiersbevölkerung zustandekommen. Die Kompetenz des „Quartiersrats“ betrifft a) die Aufstellung und Durchführung des Haushaltsplans, b) des Flächennutzungs- und Verkehrsplans und c) die Verwaltung der kommunalen Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken, sozialer und anderer kultureller Einrichtungen auf Quartiersebene. Wichtig ist, daß das Initiativrecht der Bevölkerung in den Arbeitskommissionen und Stadtteilverfassungen trotz des erheblichen Widerstandes der Bürokratie keine wesentliche Beschränkung erfahren hat. Cossutta/Stefanini/Zangheri, *Decentramento e partecipazione*, Ed. Riuniti, Roma 1977

45 R. Cecchi, G. Pozzo, A. Seassaro, G. Simonelli, C. Sorlini (Hrsg.), *Centri sociali autogestiti e circoli giovanili*, Feltrinelli, Milano 1978

Die Besetzung leerstehender Häuser und Fabriken und ihre alternative Nutzung als „centri sociali“ geht auf die neuen kulturellen Initiativen der Jugendkollektive seit dem Herbst 1976 zurück. Das „soziale Zentrum“ wird verstanden als Ort sozialer Selbsterfahrung, in dem die Jugendlichen die konkreten Dimensionen ihres Lebens (Wohnung, Arbeit, Freizeit, Sexualität, Drogen) in einen kollektiven Zusammenhang stellen und auf diese Weise den Prozessen zunehmender Zerstörung, Sinnentleerung und Gleichgültigkeit durch Praktizierung neuer kollektiver Lebensformen (Kritik der Widersprüche Arbeit/Freizeit; Mann/Frau; Privatheit/Öffentlichkeit etc.) entgegenreten.

46 R. Rossanda, *Staat und Anti-Staat. II Manifesto* (24.8.1977) und R. Canosa, „L'ordine pubblico ‚democratico‘ come controllo sociale“ in: *Quaderni Piacentini* n. 64 (luglio 1977), S. 13-27

9. Auch die mit der *Regionalentwicklung* intendierte strategische Zielsetzung einer „demokratischen Wirtschaftsplanung“ in einem übersichtlichen, organisch verbundenen Raum, des qualifizierten Eingriffs in die Wirtschaftsentwicklung mit dem Ziel der „Erweiterung der produktiven Basis“, d.h. die Schaffung produktiver Arbeitsplätze in möglichst genossenschaftlich organisierten Betrieben, der Ausgleich räumlicher oder sektoraler Ungleichgewichte etc. ist bis heute weitgehend ein Desiderat geblieben.

Die Verabschiedung des Ausführungsdekrets zu dem Gesetz 382 (1975) als Teil des Parteienabkommens vom Juli 1977, das auf eine grundsätzliche Neuaufteilung von Kompetenzen und Finanzen zwischen zentraler, regionaler und kommunaler Ebene abzielt, stellt jedoch – zumindest potentiell – eine erhebliche Einschränkung des Einfluß- und Machtbereichs der zentralen Bürokratie und damit auch des Klientelsystems der DC dar. Dies erklärt den erbitterten Widerstand, auf den die Einrichtungen dieser – in der Verfassung ausdrücklich geforderten (47) autonomen Zwischenstufe des Staates zwischen Regierung und Kommune bei Teilen der DC von Anfang an gestoßen war.

Obwohl die Regionen als autonome staatliche Körperschaften mit direkt gewähltem Parlament, festumschriebenen Gesetzgebungskompetenzen etc. auf Druck des föderalistisch orientierten Flügels der DC in der Verfassung verankert worden war – im Gegensatz zur KPI, die damals eher zentralistisch eingestellt war – war es der DC 22 Jahre lang erfolgreich gelungen, die Regionalisierung zu sabotieren, da dies der zentralen Bürokratie einen beträchtlichen Anteil ihrer Macht entzogen und der Opposition zugleich die Möglichkeit gegeben hätte, in ihrem Machtbereich unabhängig zu regieren.

Erst im Zeichen der offenen Legitimationskrise des Staates, die vor allem in den gewerkschaftlichen Massenaktionen nach 1969 ihren Ausdruck fand, entstanden die politischen Voraussetzungen zur Installierung dieses neuen staatlichen Vermittlungsinstruments. Die im Zeichen großer Reformeuphorie 1970 erfolgten ersten Regionalwahlen und die Formulierung der autonomen Regionalstatuten wiesen in ihrer Zielsetzung jedoch weit über eine bürokratische Dezentalisierungsmaßnahme hinaus (48).

Noch wäre es verfrüht, ein abschließendes Urteil über das Tauziehen zwischen Staatsbürokratie, Regierung und rechtem Flügel der DC und der neuen reformfreundigen „Funktionärsschicht der Verwaltungsinтеллектуellen“ (49) in den „roten Ad-

47 Unter der Rubrik „Grundprinzipien“ heißt es in Art. 5 der Verfassung: „Die Republik ist eine Einheit und unteilbar; sie anerkennt und fördert die örtliche Selbstverwaltung, sorgt für die weitestgehende Dezentralisation der Verwaltung in den staatsabhängigen Diensten und paßt die Prinzipien und Methoden ihrer Gesetzgebung den Erfordernissen der Selbstverwaltung und der Dezentralisation an.“

In den Art. 114-133 folgt dann die Kompetenzaufteilung zwischen Regionen, Provinzen und Gemeinden.

48 So können etwa nach dem Statut der Region Emilia-Romagna Gewerkschaften und Genossenschaften, Quartiersräte etc. einen inhaltlich gestaltenden direkten Einfluß auf die Willensbildung der Regionalregierung nehmen.

49 John Fraser, „L'intellettuale amministrativo nelle politica del P.C.I.“, Liguori Editori, Napoli 1977

ministrationen“ und den linken Parteien über die inhaltliche Ausgestaltung der Regionen zu fällen. Fest steht, daß es dabei um eine zentrale Machtausgleichung über die zukünftige Funktion und Organisationsstruktur des Staates geht. Eine gegenwärtige Zwischenbilanz bringt jedoch nur wenig Hinweise dafür, daß die PCI ihrem strategischen Ziel a) der Einleitung eines neuen Typs ökonomischer Entwicklung auf dem Wege der demokratischen Programmation und b) der Bindung der politischen Willensbildung an den realen Gesellschaftsprozess auf dem Wege der Partizipation trotz ihres Machtzuwachses nach dem 15. Juni 1975 sehr viel näher gekommen ist. Der Ausgang des Stellungskrieges in den regionalen und kommunalen Befestigungsanlagen wird von folgenden Bedingungen abhängen:

– Gelingt es der PCI, den übergreifenden Einfluß der konservativen staatlichen Bürokratie und des ihr gleichgesinnten Verfassungsgerichts auf die inhaltliche Ausgestaltung der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz der Regionen zurückzudrängen? Gelingt es ihr, die Auflösung der überflüssig gewordenen Abteilungen in den Ministerien und „parallelen Verwaltungen“ sowie der funktionslosen parastaatlichen Einrichtungen durchzusetzen?

– Gelingt es, den neuen Verselbständigungs- und Bürokratisierungstendenzen auf regionaler Ebene dadurch entgegenzuwirken, daß die Gesetzgebung transparenter gemacht und die Verwaltung an die kommunalen Behörden, bzw. an die dezentralen Kommunalstrukturen delegiert wird? Entscheidend wird hier die im Regierungsentwurf vorliegende gesetzliche Neuregelung der kommunalen Aufgaben, sowie die Durchsetzung der Finanzautonomie für Kommunen und Regionen sein.

– Gelingt es, die gesellschaftliche und parteiliche Basisinitiativen abwürgenden Fesseln des an der Spitze ausgehandelten Parteienkonsens zu sprengen, d.h. der Basis eine wirkliche autonome Mitwirkungsmöglichkeit zu sichern? Wo sich linke Politik auf die bloße Verwaltung des „status quo“ beschränkt, ist ein Rückfluß der enttäuschten Wähler in die DC und ihr klientelares Interessenvertretungssystem unvermeidlich, vor allem im Süden. Wo Technokraten das Feld beherrschen, kann das Ergebnis allenfalls eine Rationalisierung des bürokratischen Verwaltungsapparates sein.

– Gelingt es der PCI, den Widerspruch zwischen ihrem strategischen Ziel, Ankerhebung der Wirtschaft und Verbesserung der Dienstleistungen durch Ausweitung des „kollektiven Konsums“ und ihrer aktuellen Wirtschaftspolitik der „austerità“, die die Konsumfähigkeit der breiten Massen einschränkt und die öffentlichen Dienstleistungen reduziert, ohne Rückfall in das illusorische „2 Phasen-Modell“ zu lösen, das die Reformen auf die Phase eines neuen Konjunkturaufschwungs vertagt, ohne zu bedenken, daß dieser die Schwächung der gegenwärtigen Klassenposition zur Voraussetzung hat?

### **Kommunistischer ‚Transformismus‘ und theoretische Identitätskrise der Partei (Versuch einer Synthese)**

10. In der theoretischen Tradition des italienischen Kommunismus lassen sich – schematisch vereinfacht und personifiziert in den historischen Parteiführern Gramsci

und Togliatti (50) – zwei durchaus verschiedene Bestimmungen des Verhältnisses von Klasse und Partei im Prozeß von ‚Revolution‘ oder ‚sozialistischer Transformation‘ feststellen:

- Hegemonie der Arbeiterklasse als Ausweitung der gesellschaftlichen Selbstorganisation, als Überwindung der Getrenntheit von Ökonomie, gesellschaftlicher Erfahrung und Politik (Gramsci); und
- Hegemonie der Arbeiterbewegung als Ausweitung der ‚Präsenz‘ der Arbeiterpartei innerhalb der politischen Institutionen (Togliatti).

Beide Akzentsetzungen haben nach 1956 im ‚italienischen Weg zum Sozialismus‘ koexistiert (z.T. als Strömungen oder ‚Flügel‘ der Partei)(51) und konnten dies in dem Maße, wie mit der damals positiv überwundenen Identitätskrise der kommunistischen Strategie auch ein in den 50er Jahren noch durchaus vorhandenes *instrumentelles* Verhältnis der KPI zur gesellschaftlichen Selbstorganisation (bzw. ‚Basis‘- oder ‚Arbeiterdemokratie‘) und zur politischen („repräsentativen“) Demokratie ebenso überwunden wurde wie ein instrumentelles Verständnis von Bündnispolitik.

Und hier liegt die eigentliche Bedeutung Togliatti's, die ihn bis zu einem gewissen Grade auch als Vorläufer des ‚Eurokommunismus‘ ansehen läßt. Die ‚neue Partei‘ als Massenpartei ermöglichte einen nunmehr positiven Bezug zur *Präsenz in den republikanisch-parlamentarischen Institutionen* (VIII. Parteikongreß), gleichzeitig aber auch eine *aktive und autonome Massenarbeit* der Partei innerhalb der gesellschaftlichen Konflikte und Bündnisbereiche. Dieser – auch durch eine Neuaufnahme Gramsci's (52) – *veränderte ‚Leninismus‘ des VIII. Parteikongresses* bildet also nicht nur die Grenze, sondern zunächst einmal die Voraussetzung für die Massendimensionen der KPI-Politik in den 60er und 70er Jahren, die auch in ihrer vielfältigen institutionellen Politik in den Regionen und auf parlamentarischer Ebene nicht verloren gegangen ist, sondern sich im Gegenteil zur KPI weiterentwickelt hat, die wir heute kennen.

Über mannigfache Rückschläge und Lernprozesse – v.a. nach dem ‚heißten Herbst‘ – hat die KPI gleichzeitig eine Ausweitung von *gesellschaftlichen* Basisorganen ausdrücken und (z.T.) vorantreiben, wie auch in ihrem ‚langen Marsch durch die

50 Ein Abschnitt zur historischen Identität der italienischen „kommunistischen Tradition“ und den Unterschieden der Übergangskonzeptionen im „Leninismus“ Gramsci's bzw. Togliatti's mußte aus Platzgründen entfallen. Einen kritischen Überblick über die Entwicklung des italienischen Kommunismus liefert Aldo Natoli, „Sul compromesso storico“, in: *rivista di storia contemporanea*, a.VI. Fasc. 2, aprile 77, S. 255 ff.; s. auch die Beiträge (u.a. von L. Magri, M. Flores, F. Sbarberi, R. Rossanda, M. Telò) in: *il manifesto/quaderno N. 5*, „Da Togliatti alla nuova sinistra“, Roma, Ed. alfani, 1976; für eine für die KPI unter Berlinguer charakteristische Togliatti-Interpretation s. G. Vacca „Saggio su Togliatti e la tradizione comunista“, Bari, De Donato Ed., 1974

51 Siehe Sophie G. Alf, „Leitfaden Italien“, *Rotbuch 127*, Berlin 1977, (v.a. S. 166 ff., S. 285 ff.); Rossana Rossanda, „Die Entstehung von *Il Manifesto* aus der Krise des Kommunismus in Italien“, in: dies., „Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch“, Frankfurt am Main 1975, S. 7 ff.

52 Siehe Mario Telò, „Note sul problema della democrazia nella traduzione gramsciana del leninismo“, in: *Problemi del Socialismo*, No. 3/1976, S. 129 ff., sowie seinen Beitrag in: „Da Togliatti alla nuova sinistra“, a.a.O., S. 83 ff.

Institutionen' des politischen Systems, aber auch der Staatsapparate im engeren Sinne ihre eigene Stärke und Integrationskraft als *Partei* festigen können. *Die Partei ist damit* – zunächst v.a. in den ‚roten Regionen‘, aber in den 70er Jahren (mit dem Wiederaufschwung der Mitgliederzahl) auch auf nationaler Ebene – *selbst zu einer Vermittlungsinstanz oder zu einem institutionellen ‚Filter‘ durchaus unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen geworden, unter denen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse nur einen Pol bildet* (53). (Die nicht gewerkschaftlich kampfstarken Bereiche der ‚emarginierten‘ Arbeitskraft werden durch die KPI ohnehin nicht organisiert, sondern allenfalls indirekt – durch Stimmabgabe bei den Wahlen – repräsentiert, wobei sich im Süden Italiens inzwischen eine rückläufige Tendenz v.a. bei der Jugend zeigt.)

11. Für diesen durch die kommunistische Massenpartei organisierten und/oder repräsentierten gesellschaftlichen Block hat nun die theoretische Tradition der KPI nicht nur einen strategisch-prospektiven, sondern auch und vor allem einen *sozial und kulturell integrativen Effekt* gehabt, der ohne den Leninismus der III. Internationale nicht zu verstehen, aber gleichzeitig – und hier liegt z.B. die Originalität des italienischen gegenüber dem französischen ‚Eurokommunismus‘ – nicht auf ihn zu reduzieren ist. „Der authentischste Erbe des Reformismus der zweiten Internationale“ – so skizzierte A. Asor-Rosa, ein in den 60er Jahren aus der Klassenlinken zur KPI gestoßener Intellektueller, diese Tradition seiner Partei – „ist in Italien die kommunistische Partei, die jedoch gleichzeitig der authentischste Erbe der leninistischen Tradition in Italien ist.“ Diese leninistische Tradition hat nach Asor-Rosa vor allem die Funktion gehabt, „in das politische System Italiens *von außen* eine in organisatorischer und theoretischer Hinsicht absolute Neuheit einzuführen, die auch heute noch die Grundlage einiger wesentlicher und oft genug in ihrer vorwärtstreibenden und verstärkenden Funktion unterschätzten Nervenstränge der kommunistischen Partei bildet: z.B. das Fehlen von organisierten Tendenzen (correnti) und eine eigene Methode der Herstellung der Parteieinheit. Aber diese Neuheit hat in der Folgezeit nicht, wie dies andernorts geschehen ist, eine Partei geschlossenen Typs oder eine sektiererische Gruppe hervorgebracht, sondern ... hat sich mit dem *substantiellen* Wiederaufgreifen der gesamten reformerischen Tradition der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung verkoppelt und somit die Entstehung einer neuen Massenpartei nicht behindert, sondern begünstigt ...“ (54) Dieser Integrationsaspekt ihrer theoretischen Tradition – der die KPI z.B. von den italienischen Sozialisten unterscheidet (55) – hat aber auch für die Theoriebildung selbst

---

53 Siehe A. Graziani, „Le tre Italie“, in: *Quaderni Piacentini*, a. XVII, N. 65-66, Febr. 78, S. 60 ff.; vgl. auch S. Bologna, „La tribù delle talpe“, in: *Primo Maggio*, N. 8 (1977), S. 3 ff.

54 A. Asor-Rosa, „Le due società“, Torino 1977, Einaudi, S. 20

55 Vgl. die Debatte von G. Arfè, F. Coen, E. Forcella und M. Salvadori in: *Mondo Operaio*, N. 4/aprile 77, S. 57 ff.; sowie G. Amendola, „Là ricerca delle ragioni del declino socialista“, in: *Rinascita* N. 18/77

Folgen, die in Italien oft polemisch als ‚Transformismus‘ bezeichnet worden sind: Der *theoretische ‚Transformismus‘ der Partei* wäre demnach ihre Fähigkeit, neue Politiken mit den alten strategischen Formeln zu legitimieren und zu vereinheitlichen (z.B.: der ‚Historische Kompromiß‘ als ‚zweite Etappe der demokratisch antifaschistischen Revolution‘). Alles wandelt sich – die Linie der Partei wandelt sich in der Kontinuität (je mehr sie sich wandelt, desto mehr bleibt sie sich treu); dieser theoretische ‚Transformismus‘ bildet somit das genaue Pendant zur hochgradigen Kontinuität der KPI-Führungsgruppe (56) und – mit Ausnahme der *Manifesto-Gruppierung* – dem Fehlen jeglicher Spaltungen.

Dieser theoretische Transformismus ist also nicht nur ‚katholische Schläue‘ (wie es Massimo Salvadori im November 1976 in der Pluralismus-Debatte in *Mondo Operaio* treffend formuliert hat), sondern auch Bedingung und Ergebnis der Tatsache, daß in den neuen strategischen Formeln – bisher wenigstens – die alten Klassenidentitäten nicht untergegangen sind; insofern in Italien anders als z.B. in der BRD „die fortschreitende Institutionalisierung des Klassenkonflikts nicht zusammenfällt mit seiner Entpolitisierung“ (57).

12. Eine Ursache dafür liegt – wie wir in Teil I zu zeigen versuchten – in der Spezifität des Verhältnisses von Ökonomie und Politik in Italien, die in der Nachkriegszeit eine ‚reformistische‘ Artikulation proletarischer Klasseninteressen innerhalb des italienischen ‚Entwicklungsmodells‘ ebenso verhindert hat wie einen ‚Reformismus‘ proletarischer Klassenpolitik im Rahmen eines unter der ‚centralità democristiana‘ funktionierenden politischen Systems. Der Berlinguer’sche Vorschlag des ‚Historischen Kompromisses‘ stellte nun den Versuch dar, die von der italienischen Klassenbewegung ausgedrückten gesellschaftlichen Bedürfnisse – soweit sie institutionell formulierbar, kontrollierbar, verallgemeinerbar waren – auf dieses politische System zu beziehen und in ihm eine langfristige Transformation ohne einen vertikalen Bruch einzuleiten, ein Versuch, der zunächst (in seiner *ersten Phase 1974-76*) durchaus erfolgreich war: „Genau weil diese Bedürfnisse sich zumindest teilweise auf die Stärkung präziser Komponenten des politischen (Sub-)Systems richteten – auf die Arbeiterorganisationen und insbesondere auf die KPI – hat in Italien die Legitimationskrise nicht die gesamte institutionelle Struktur betroffen, sondern sich nur auf den Regierungsblock bezogen.“ (58) In dem Maße nun, wie die KPI seit dem 20. Juni 76 zum subalternen Bestandteil des ‚Regierungsbereichs‘ ohne Regierungsmacht

56 Zur Kontinuität ihrer Führungsgruppe als – auch – eine Voraussetzung für die Fähigkeit der KPI zum Wandel ihrer strategischen Linie(n), zur Anpassung an gewandelte gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse s. die interessanten Bemerkungen von U. Terracini in seinem „Intervista sul comunismo difficile“, a cura di A. Gismondi, Bari, Ed. Laterza, 1978, v.a. Kap. 10 (S. 167 ff.); vgl. auch sein Gespräch mit dem *Espresso*, 4.6.78, S. 78 ff.

57 G. E. Rusconi, „Deve essere scientifico il discorso sulla crisi“ in: *La città Futura* (=Wochenzeitung der FGCI), 15.3.78

58 ebd.

wird, ohne bisher in der Lage zu sein, substantielle Reformen in Richtung auf eine Veränderung des Modells der erweiterten Reproduktion von Arbeitslosigkeit einzuleiten, wird sie selbst von dieser Legitimationskrise ergriffen, „mit dem zusätzlichen Handicap, nicht einmal über jene Instrumente (staatlicher) Macht zu verfügen, um unseren politischen Diskurs zuende entwickeln und präzisieren zu können“ (59).

Die KPI erleidet also zum ersten Mal selbst auch die Legitimationskrise des modernen kapitalistischen Staates (in seiner spezifisch italienischen, jedoch keineswegs ‚rückständigen‘ Ausprägung) (60) gewissermaßen *passiv* mit. Nach dieser Seite ist die Parteikrise der KPI Bestandteil der Krise des italienischen Parteiensystems, in der „die Tendenz, daß sich in spätkapitalistischen Gesellschaften das Verhältnis von Autonomie gesellschaftlicher Konflikte und institutioneller Vermittlung immer mehr auseinanderentwickelt“ (61), durch die ungeheure Politisierung aller gesellschaftlichen Bereiche noch verstärkt wird.

Diese Entwicklung hat – was das Verhältnis der KPI zur Andreotti-Regierung betrifft – innerhalb der Führungsgruppe alte Gegensätze wieder aufbrechen lassen (62); vor allem aber hat sie in der erfolgsgewohnten jungen berlinguerianischen Funktionärsgeneration regelrechte Panik ausgelöst, zumal nach der Niederlage in den jüngsten Regionalwahlen ganze Föderationsleitungen ausgewechselt worden sind. Die Erfolgsgleichung des XIV. Parteitags – Ausweitung der institutionellen ‚Präsenz‘ der Partei durch „Eintritt in den Staat“ = Stärkung der Partei auf Mitglieberebene = Ausweitung ihres Wählerkonsensus – funktioniert nicht mehr; denn nicht nur sind Wählerverhalten und die Dynamik der verschiedenen institutionell nicht repräsentierten/kontrollierten gesellschaftlichen Konflikte (Studentenbewegung, Jugendarbeitslosigkeit, Frauenbewegung) zu in dieser Gleichung unbekannt

59 A. Asor-Rosa, „Le due società“, S. 66

60 Siehe dazu die Einleitung Pietro Ingrao's zu seinem Buch „Masse e potere“, Roma 1977, Rimiti Ed., S. 9 - 50

61 Frederico Stame, „Società civile e critica delle istituzioni“, Milano, Feltrinelli, 1977, S. 77; vgl. auch die Debatte zwischen F. Cassano, C. Donolo und G. Marramao in: *La Città Futura*, 24.5.78

62 R. Rossanda unterscheidet (*il manifesto*, 21.5.78) drei Positionen im Umkreis der KPI-Führung: 1) die KPI soll auf jeden Fall nunmehr, koste es was es wolle, direkt in die Regierung streben (Lama-Linie in den Gewerkschaften, Pechiolio-Position zur Terrorismusbekämpfung); 2) Rückkehr in die Opposition, in diesem Zusammenhang ist das Wieder-Hochkommen der alten Debatten aus den 50er Jahren vielleicht ein Indiz; 3) die Position, die von Asor-Rosa in einem Artikel in *Repubblica* vertreten wurde, und von *il manifesto* unterstützt wird: in die Regierung, aber mit Intransigenz bezüglich eines Übergangsprogramms, über das die KPI allerdings derzeit nicht verfügt. Die von Berlinguer am 25. Mai ausgegebene Orientierung, nämlich die bisher auf der Regierungsebene bezogene Linie beizubehalten, allerdings auf kommunaler und regionaler Ebene gegenüber der DC eine härtere Gangart einzuschlagen und seine indirekte Kritik an der ‚austerita‘-Version von Amendola oder Napolitano (vgl. Genth/Altvater, *Prokla* 27, S. 108 ff.) können wohl mit Fug und Recht als Resultante eines instabilen Gleichgewichts innerhalb der KPI ‚di-rezione‘ betrachtet werden und sind von *il manifesto* treffend als Einleitung des im nächsten Jahr vorgesehenen XV. Parteikongresses und als Ausdruck starken Widerstandes aus der Partei gegen die ‚Kanalarbeiter‘ der KPI (Bufalini, Perna, Di Giulio) gedeutet worden (26.5.78)

Größen geworden: Dazu kommen die wachsenden Zeichen von Passivität, von ‚Abwartehaltung‘ unter der Masse der Mitglieder selbst, „das Umsichgreifen – und zwar auch innerhalb der Partei – eines gewissen Mißtrauens gegenüber der Möglichkeit, daß die Politik – und damit auch die Partei – in der Lage seien, die Verhältnisse wirklich zu ändern“ (63). Dieses Mißtrauen richtet sich weniger direkt gegen die Linie des ‚Historischen Kompromisses‘ selbst – von der allerdings niemand mehr recht weiß, worin sie besteht (64); es ist eher ein deutliches Indiz für die Gefahren einer „Trübung jener Konzeption der ‚neuen Partei‘ und der ‚Massenpartei‘, die uns“ – so Berlinguer in seiner Mahnrede des 25.5.78 vor den Regional- und Föderationssekretären der KPI – „zu dem gemacht hat, was wir sind: eine Konzeption, nach der die Partei *nicht* an die Gewerkschaften, Massenorganisationen und Lokalverwaltungen ihre eigenen Beziehungen zu den Massen *delegiert*, sondern ihre eigenen und direkten Verbindungen zu ihnen hat und eine permanente Masseninitiative entfaltet.“ (65)

13. Genau eine Konzeption der *Delegation* der Politik an die Institutionen ist aber von den KPI-Theoretikern der Linie Berlinguer’s in den letzten Jahren – unter dem Titel des „*Primats der Politik*“ (66) – vertreten worden, wobei der Zusammenhang von Partei – Klasse – Staat im Zuge einer Neuinterpretation von Gramsci *und* von Togliatti nahezu umgekehrt worden ist. Dieser in der Tat neue Akzent in der italienischen Gramsci-Debatte aber ist für die westdeutschen Leser im Wust der Übersetzungen der frisch aus Italien importierten Theorieprodukte gewissermaßen notwendig unverständlich – mal abgesehen von der lateinischen Rhetorik –, da ja die Schlüsselworte ‚Hegemonie‘, ‚historischer Block‘ usw. offenbar dieselben sind wie in Gramsci’s Schriften.

Nehmen wir ein typisches Beispiel der neueren Debatte: Die von der Gramsci-Tradition geforderte *Neuzusammensetzung* des Verhältnisses von Gesellschaft und

- 
- 63 B. De Giovanni, in der schon wiederholt zitierten Debatte in: *Rinascita*, Nr. 1 (6.1.78)
- 64 Barbagli/Corbetta, a.a.O., S. 40 f., haben in eigenen Umfragen „starke Differenzen zwischen den KPI-Mitgliedern bezüglich der Interpretation des Historischen Kompromisses“ festgestellt; in einer DOXA-Umfrage vom September 77 stimmt zwar die überwältigende Mehrheit der befragten Kommunisten dem ‚Historischen Kompromiß‘ zu, aber 16,9 % der Befragten sind gegen einen Eintritt der KPI in eine Regierung mit der DC und ca. 1/3 ist mit der (damaligen ‚Nicht-Mittrauens-‘)Stellung der KPI gegenüber der Andreotti-Regierung nicht einverstanden. Berlinguer selbst sprach im Januar vor dem ZK von „Resten sektiererischer Haltungen“ und von „Zugeständnissen an radikal-extremistische Positionen“, die in der Partei wieder aufblühen (*L’Unita*, 27.1.78)
- 65 *L’Unita*, 26.5.78
- 66 Hauptexponenten dieser theoretisch-politischen Richtung sind Giuseppe Vacca (vgl. seine jüngste Aufsatzsammlung, „*Quale Democrazia. Problemi della democrazia di transizione*“, Bari, De Donato Ed., 1977) und Biagio de Giovanni (einer der besten Hegelkenner Italiens), dessen Referat auf dem Studienseminar der KPI-Parteischulen und des Togliatti-Instituts im Jan. 77 in Rom die vielleicht prägnanteste Darstellung der Konzeption des ‚Primats der Politik‘ darstellt; dt. Übersetzung in: „Gramsci-Debatte 1“, Hamburg 1978, S. 48-72

politischem System (*ricomposizione*) wurde zunehmend – mit dem Eintritt der KPI in die Regierungsnähe – im Sinne einer *Neubewertung* (*riclassificazione*) der *bestehenden* Institutionen verstanden, so daß sich der kommunistische Philosoph Cesare Luporini angesichts des fatalen Überhandnehmens dieser Begrifflichkeit nicht zu Unrecht an die hegelianische ‚Versöhnung‘ erinnert fühlte (67). Im Unterschied zur bürgerlich-parlamentarischen Delegation – so G. Vacca – läge in Italien nämlich potentiell bereits (durch die neuen basisdemokratischen Institutionen der 70er Jahre, die Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen etc. ...) ein „Repräsentativsystem vor, innerhalb dessen das Element der *Delegation* als bloß *technische* Vermittlung der politischen Neuzusammensetzung“ diene und sich „die Neuzusammensetzung von Technik und Politik im gesamten Körper der Verwaltungsapparate und der Reproduktionssphäre verankere“ (68). Und B. De Giovanni datierte Anfang 77 in seiner Neuinterpretation Togliatti's die aktuelle Entwicklung der Partei auf Togliatti's Begriff der ‚Massenpartei‘ zurück: Durch die ‚*Neubewertung*‘ des politischen Pluralismus dringe „in die Partei ... in einem immer breiteren Maße, *das die Rigidität der Beziehung Partei-Klasse zerbricht*, in direkter und indirekter Form die Komplexität des gesellschaftlichen Lebens ein. Die Interpretation der *Beziehung zwischen den Parteien* bedingt die Konzeption der ‚neuen Partei‘ und umgekehrt. ... Dies bedeutet, daß diese Entwicklung in der Parteientheorie auch die Seite der Partei im Verhältnis Partei-Klasse betrifft, und zwar als Ausdruck einer einsetzenden realen, irgendwie ‚partizipativen‘ Ansiedlung der Klassen auf der Ebene des Staates.“ (69)

Das kann so natürlich alles und nichts heißen (und bleibt wörtlich dem deutschen Leser dementsprechend unverständlich) (70); verständlich und für den deutschen Leser deutbar werden Sätze wie die eben zitierten erst vor dem Hintergrund einer Art ‚symptomatischen Lektüre‘, die die oben erläuterte *sozial-integrative Funktion* der KPI-Theorie(n) in die Betrachtung einbezieht und hinter den ewig gleichen Formeln der ‚Partei neuen Typs‘, der ‚Hegemonie der Arbeiterklasse‘ und (neuerdings) des ‚Pluralismus‘ (71) Probleme, nicht Antworten vermutet. Hinter diesen Stereotypen haben sich nämlich die *gesellschaftlichen Imperative*, unter denen diese Integrationsleistung – die ‚organische Funktion‘ – der KPI-Theorie(n) stattfindet, gewandelt. Innerhalb des Deutungs- und Handlungsmusters der kommunistischen Parteipolitik hat sich der Akzent – oder wie es in der italienischen Debatte heißt: das ‚Primat‘ – immer mehr von der *Klassenbewegung* auf die Rolle der *Partei* im po-

67 Siehe seine Kritik an De Giovanni, in: „Gramsci-Debatte 1“, a.a.O., S. 102

68 G. Vacca, „Quale democrazia“, a.a.O., S. 51

69 „Gramsci-Debatte 1“, a.a.O., S. 58 (Hervorhebungen von uns). Die Kurzformel ‚Die Beziehung zwischen den Parteien (KPI – DC) bedingt das Verhältnis KPI – Arbeiterklasse‘ würde sicher weniger elegant klingen.

70 V.a., wenn der deutsche Leser als Basisinformation auf dem Klappentext nur lesen kann, daß Gramsci „bestimmte Probleme der marxistischen Theorie des Staates und einer Politik der vollständigen Umgestaltung“ etc. pp. aufgeworfen habe, „die neuerdings verstärkt in den Mittelpunkt der Politik rücken“. Aber hier ist nicht der Ort, auf die Publikations- (und Kommentierungs-)Strategie gewisser Verlage einzugehen ...

71 Vgl. dazu G. Tamburrano, „Il concetto di egemonia in Gramsci e il ‚compromesso storico‘“ in: *Problemi del socialismo*, N.5 (Jg. 1977), v.a. S. 233-238.

litischen System verlagert, um nunmehr – nach dem 20. Juni 76 – zunehmend auch die Imperative des *Parteiensystems* der italienischen Republik direkt in den Vordergrund zu rücken (72). „Die Partei“ – so paraphrasierte Carlo Donolo vor einem Jahr kritisch die neuen Töne in der Hegemonie-Pluralismus-Debatte – „muß sich von ihrer historisch-politischen Beziehung zur Arbeiterklasse lösen und sich vielmehr einerseits auf ihre Kraft zur Organisation der Gesellschaft, andererseits auf die Leitung der Institutionen begründen. Also – kann man hinzufügen – ist es auch richtig, daß die Hegemonie jener organisierenden Kraft und den Menschen zukommt, die sie Tag für Tag reproduzieren: der neuen Verwaltungsklasse. Damit hätten endlich all die Diskurse über den organischen Intellektuellen eine praktische Schlußfolgerung gefunden.“ (73)

Dezentralisierung und Effizientisierung staatlicher Entscheidungsfindung *ohne* Aufgabe der zentralen Rolle des Parlaments und der Parteien als der ‚Demokratie, die sich organisiert‘ (74) – die so *neubewertete* (Arbeiter-)Hegemonie wäre keine Neuzusammensetzung der bürgerlichen ‚Getrenntheit‘ von gesellschaftlicher Erfahrung und Form der Politik (75), sondern eher eine *Neuorganisation des Konsensus*, eine Lösungsform der Legitimationskrise des spätkapitalistischen Staates (76) durch die „irgendwie partizipative“ (De Giovanni) Ansiedlung nicht der Arbeiterklasse, sondern ihrer *institutionellen Vertretung* im politischen System (77).

14. Es geht uns hier nicht um grundsätzliche Kritik einer Perspektive des sozialistischen Übergangs, die repräsentativ-demokratische und basis-demokratische Delegationsformen einschließt (wozu wir in der Tat keine Alternative in entwickelten bürgerlichen Gesellschaften sehen). Hier geht es uns darum zu zeigen, daß hinter einer – insbesondere unter den Bedingungen des italienischen politischen Systems – Utopie von Versöhnung und Konsens durch die kommunistische *Neubewertung* des christdemokratischen Staates eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen gesellschaftlichen Transformationsprozeß selbst in die Krise geraten ist: die aktive Dynamik der Togliatti'schen Massenpartei, „die uns zu dem gemacht hat was wir heute sind“ (Berlinguer). Stattdessen ist die KPI „zum bloßen Verwalter des politisch-institutionellen Moments“ geworden, die für gesellschaftliche Bedürfnisse, Konflikte

---

72 Vgl. G. E. Rusconi, „I partiti italiani di fronte ai movimenti collettivi“, in: *rivista di storia contemporanea*, a. VI., 1977, fasc. 4, S. 552 ff.; S. Bologna, „La tribù delle talpe“, in: *Primo Maggio*, Nr. 8, 1977, S. 3 ff.

73 Donolo, „Mutamento o transizione? Politica e società nella crisi italiana“, Bologna, Il Mulino Ed. 1977, S. 93

74 De Giovanni und Vacca, a.a.O.

75 Diese hat De Giovanni übrigens selbst präzise analysiert. Siehe B. De Giovanni, „Sulla forma borghese della politica“, in: ders., „La teoria politica delle classe nel ‚Capitale‘“, Bari, De Donato Ed., 1976, S. 125 ff.

76 Vgl. dazu ausführlich Donolo, a.a.O.; F. Stame, „Democrazia autoritaria e movimenti di liberta“, in: *Quaderni Piacentini* a. XVI, N. 62-63, aprile 77, S. 3 ff., v.a. S. 9 ff.

77 F. Stame, „Società civile e critica delle istituzioni“, a.a.O., S. 79 ff. und passim

und Subjekte, die *außerhalb* ihrer entstehen, *a posteriori* (78) eine Synthese mit den Imperativen des Systems der ‚centralità democristiana‘ versucht. An diesen Imperativen, am Fortwirken des alten ‚Entwicklungsmodells‘ politischer Herrschaft und ökonomischer Reproduktion droht nunmehr der durch die KPI repräsentierte gesellschaftliche Block in dem Maße, wie er institutionell noch (prekär) stabilisiert werden kann, seine soziale und kulturelle Identität zu verlieren. *Die Gratwanderung zwischen Stabilisierung und Übergangsprozeß findet in Italien heute vor allem innerhalb der KPI statt.*

Natürlich sind Prognosen darüber schwierig, ob es der KPI unter Beibehaltung der wesentlichen Orientierungslinien ihrer Politik (und nichts deutet gegenwärtig auf einen *grundlegenden* Wandel hin!) gelingen wird, ihre *aktive* Massenpräsenz, die Dynamik der Togliatti'schen Massenpartei, wiederzugewinnen (*bevor* sie möglicherweise in vorgezogenen Neuwahlen wieder in die Opposition verbannt wird). Die gegenwärtige Parteipresse – v.a. die für die Intellektuellen bestimmte *Rinascita* (79) – drückt das Bewußtsein über den schleichenden Verlust an Mobilisierungsfähigkeit und Transformationsstrategie in der KPI ebenso deutlich aus wie das Fehlen einer politischen Alternative. Und für die Neue Linke gilt – *mutatis mutandis* – im Grunde dasselbe.

Dies bedeutet wohlgernekt *nicht*, daß die KPI an „Theorielosigkeit“ kranke (80); man könnte eher das Gegenteil behaupten. Die *theoretische Identitätskrise* des italienischen Kommunismus erschließt sich jedoch nicht bereits aus der Vielfalt der Diskussionen zum Problem der ‚Revolution im Westen‘ innerhalb wie außerhalb der KPI (81), die nur überblickshaft zu schildern einen eigenen Artikel erfordern würde. Eher liegt die Krise, die die italienischen Kommunisten selbst bereitwillig als ‚Krise des Marxismus‘ bezeichnen (82), im Verlust an Integrationskraft der theoretischen Diskussion *insgesamt* in Bezug auf die aktuelle Politik der Partei; anders gesagt: im immer schwieriger werdenden oder schwindenden *programmatischen* Bezug von historischer und kultureller Identität der Partei auf die alltägliche Verwaltung/Führung (*gestione*) ihrer Politik auf Massenebene und den verschiedenen Institutionen des staatlichen Systems. Gerade in dem Moment also, wo die theoretische Debatte (im weiten Sinne) innerhalb wie außerhalb der Partei einen Grad an Vielfalt und Differenziertheit wie selten zuvor erreicht, ist ihre Beziehung zur alltäglichen ‚politischen Kultur‘ (nicht nur) der Klassenbewegung zerrissen.

(Der Artikel wurde Ende Juni 78 abgeschlossen.)

78 ebda., S. 66

79 Siehe als jüngstes charakteristisches Beispiel die Beiträge von L. Paggi, A. Asor-Rosa, B. De Giovanni und M. Cacciari in: *Rinascita/Il Contemporaneo*, Nr. 23/78 und die bissigen Kommentare dazu im *Espresso*, 9.7.78

80 Wie dies G. Ciabatti in den *Berliner Heften*, Nr. 8 (78), S. 51 (von einem traditionellen ml-Standpunkt her) behauptet.

81 Darum ist sie beim westdeutschen ‚Gramsci-Boom‘ auch überhaupt nicht bemerkt worden.

82 Siehe z.B. die Beiträge, die die führenden Theoretiker der KPI G. Vacca und B. De Giovanni in der Diskussion mit den Thesen Louis Althusser's (*il manifesto*, 4.4.78) veröffentlicht haben: *il manifesto*, 28.4.78; 4.5.78

*Tabelle 1: Mitglieder der KPI, Organisationsgrad, Neueingetretene und ausgeschiedene Mitglieder, Mitglieder der FGCI 1944 – 1977*

Jahr	Mitglieder	Organi- sations- grad	Wahl- stimmen je Mit- glied	Neueingetre- tene Mitglie- der	in %	Ausgeschiede- ne Mitglieder	in %	Mitglieder der FGCI
1944	501.960	1.79		—	—	—	—	—
1945	1.718.836	6.14		1.352.156	78.7	—	—	—
1946	2.068.282	7.38	2.11	426.794	20.6	77.348	4.50	—
1947	2.252.446	7.89		287.848	12.8	103.684	5.01	—
1948	2.115.232	7.26		126.152	6.0	263.336	11.69	—
1949	2.027.271	6.91		196.687	9.7	—	—	285.216
1950	2.112.593	7.14		176.235	8.3	90.913	4.5	463.954
1951	2.097.830	7.03		145.570	6.9	160.333	7.6	438.759
1952	2.093.540	6.97		162.082	7.7	166.372	7.9	431.826
1953	2.134.285	7.05	2.87	164.421	7.7	123.676	5.9	442.955
1954	2.145.317	6.98		160.685	7.5	149.653	7.0	430.908
1955	2.090.006	6.71		158.062	7.6	213.373	9.9	394.314
1956	2.035.353	6.44		156.698	7.7	211.351	10.1	358.126
1957	1.825.342	5.70		96.064	5.3	306.075	15.0	245.199
1958	1.818.606	5.60	3.69	115.767	6.4	123.333	6.8	241.747
1959	1.789.269	5.45		116.390	6.5	145.727	8.0	229.703
1960	1.792.974	5.41		141.965	7.9	138.260	7.7	211.634
1961	1.728.620	5.16		132.050	7.6	196.404	10.9	221.042
1962	1.630.550	4.82		105.159	6.4	203.229	11.8	182.916
1963	1.613.016	4.72	4.81	129.782	8.0	147.316	9.0	173.701
1964	1.636.416	4.78		139.386	8.5	115.986	7.2	173.699
1965	1.610.696	4.66		122.159	7.6	147.879	9.0	173.465
1966	1.571.335	4.51		108.206	6.9	147.567	9.2	154.485
1967	1.530.405	4.36		102.435	6.7	143.365	9.1	135.510
1968	1.495.662	4.20	5.72	98.067	6.6	132.810	8.7	125.438
1969	1.495.756	4.16		101.206	6.8	101.112	6.8	68.648
1970	1.498.367	4.12		105.867	7.1	103.256	6.9	66.451
1971	1.510.502	4.11		112.627	7.5	100.492	6.7	85.760
1972	1.573.956	4.24	5.76	151.118	9.6	88.384	5.8	111.735
1973	1.611.073	4.32		137.198	8.5	99.361	6.3	116.335
1974	1.643.716	4.38		132.774	8.1	100.131	6.2	118.972
1975	1.715.195	4.54		155.854	9.1	84.375	5.1	133.834
1976	1.797.597	4.72	7.02	170.966	9.5	88.564	5.2	142.200
1977	1.797.075	4.70		129.351	7.2	129.873	7.2	127.143

*Tabelle 2: Soziale Zusammensetzung der Mitglieder der Föderationskomitees und der Mitglieder der KPI 1947 – 1975*

Mitglieder der Föderationskomitees								
	1947	1950	1951	1954	1956	1960	1972	1975
Arbeiter	38.7	39.8	42.4	43.1	39.7	36.9	34.6	26.2
Landarbeiter	0.9	2.6	4.8	5.3	5.4		2.9	1.8
Bauern und Halbpächter	7.2	7.4	8.9	9.0	8.1		4.3	3.3
Handwerker und Händler	2.8	4.3	5.0	5.3	5.5		5.2	3.7
Angestellte und Intellektuelle	46.6	40.0	34.8	34.5	38.9		41.2	50.9
Studenten	3.8	5.9	4.1	2.8	2.4		11.8	14.1
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0
Mitglieder								
	1947	1950	1954	1960	1972	1974		
Arbeiter	49.9	50.4	48.6	47.0	56.7	59.9		
Landarbeiter	20.8	21.6	21.7	19.5	10.2	6.7		
Bauern und Halbpächter	17.7	18.5	19.7	22.6	11.6	8.2		
Handwerker und Händler	6.2	5.2	6.4	7.4	11.7	12.3		
Angestellte und Intellektuelle	4.6	3.7	3.3	3.1	7.5	10.3		
Studenten	0.8	0.6	0.3	0.4	2.3	2.6		
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		

*Tabelle 3: Zu- bzw. Abnahme der KPI-Mitgliedschaft in absoluten Zahlen, aufgeteilt nach sozialer und gebietsmäßiger Herkunft*

	1968 – 1971				
	Nordwesten	Nordosten	Mitte	Süden	Italien
Arbeiter	– 7.232	– 1.225	+ 10.476	– 3.564	– 1.547
Landarbeiter	– 6.460	– 3.082	– 10.637	– 13.266	– 33.445
Bauern und Halbpächter	– 2.730	– 4.208	– 19.343	– 13.615	– 39.896
Handwerker	+ 1.445	+ 476	– 1.718	+ 1.437	+ 1.640
Angestellte	+ 3.114	+ 1.464	+ 6.953	+ 3.655	+ 15.186
Intellektuelle	+ 4.110	+ 1.926	+ 5.971	+ 4.577	+ 16.584
Hausfrauen	– 50	+ 2.036	– 5.117	+ 2.579	– 553
Studenten	+ 5.162	+ 451	+ 3.191	+ 3.211	+ 12.015
Rentner	+ 11.057	+ 3.969	+ 23.137	+ 11.479	+ 49.642
Anderer	– 232	– 208	– 6.115	+ 9.413	+ 2.857
Insgesamt	+ 8.185	+ 1.599	+ 6.798	+ 5.901	+ 22.483
1971 – 1974					
Arbeiter	+ 19.035	+ 5.496	+ 21.820	+ 31.613	+ 77.964
Landarbeiter	+ 221	+ 463	– 12.146	– 10.756	– 22.218
Bauern und Halbpächter	– 220	– 370	– 34.794	– 9.671	– 45.115
Handwerker	+ 683	+ 555	+ 9.474	+ 3.523	+ 14.235
Angestellte	+ 1.171	+ 1.098	+ 8.888	+ 5.546	+ 16.703
Intellektuelle	+ 9.730	+ 1.374	+ 18.641	+ 17.855	+ 47.600
Hausfrauen	– 4.186	+ 350	– 10.808	+ 3.552	– 11.092
Studenten	– 2.857	+ 411	+ 1.982	+ 9.603	+ 9.139
Rentner	+ 7.081	+ 3.643	+ 29.778	+ 7.712	+ 48.214
Anderer	+ 2.391	+ 420	+ 7.294	– 11.535	– 1.430
Insgesamt	+ 28.207	+ 13.440	+ 40.129	+ 47.442	+ 129.218

*Tabelle 4: Anteil der Neueintritte (an der Mitgliedschaft des entsprechenden Jahres) und der ausgeschiedenen Mitglieder (an den Mitgliedern des Vorjahres) nach Gebieten*

	Neuingetretene				Ausgeschiedene			
	Mitglieder							
	Nord- westen	Nord- osten	Mitte	Süden	Nord- westen	Nord- osten	Mitte	Süden
1954	6.1	9.6	4.3	13.4	6.2	7.8	4.3	12.0
1955	6.2	7.9	4.5	13.9	9.9	11.9	4.9	17.6
1956	5.6	7.7	4.4	15.0	11.7	13.8	5.7	14.7
1957	3.7	5.7	3.0	10.2	16.6	16.5	11.5	18.6
1958	5.2	6.9	3.5	11.9	8.6	8.2	1.9	11.2
1959	4.8	6.4	3.6	13.2	10.6	5.5	4.5	14.6
1960	5.8	8.0	4.0	15.7	8.1	9.3	4.5	12.0
1961	7.7	8.7	4.3	13.0	8.1	12.7	5.9	20.7
1962	6.4	6.4	3.8	11.3	12.4	14.0	7.4	18.0
1963	8.9	7.6	4.7	13.5	9.3	9.4	5.5	14.5
1964	9.7	10.0	4.5	14.1	9.0	8.0	4.0	11.0
1965	8.0	8.3	4.4	12.7	11.3	9.1	4.9	14.3
1966	7.2	7.6	3.8	12.2	9.7	8.5	5.0	16.0
1967	6.5	6.7	3.9	12.1	9.2	8.5	5.3	16.0
1968	7.2	6.9	3.7	11.6	9.1	8.7	4.5	16.0
1969	7.0	7.3	4.6	10.6	7.4	7.1	4.2	11.0
1970	8.1	7.7	4.6	10.8	7.1	7.2	4.7	10.8
1971	8.6	7.5	4.8	11.6	8.4	6.4	4.4	9.7
1972	9.7	11.7	6.7	14.4	6.1	6.2	4.0	8.7
1973	9.8	9.2	5.6	12.6	7.3	5.6	4.3	9.4
1974	9.3	9.0	5.3	11.8	6.5	5.3	4.1	9.9
1975	10.6	10.8	6.1	12.7	5.5	4.6	3.6	7.5
1976	11.1	11.2	6.6	12.7	4.5	5.8	3.9	7.9
1977	7.5	7.6	4.7	11.1	7.7	7.6	4.7	11.0

*Tabelle 5: Altersmäßige Zusammensetzung der KPI-Mitglieder*

Jahre	1964	1966	1967	1969	1972	1973	1974
18 – 25	7.3	6.4	7.7	9.3	10.7	11.1	11.3
26 – 30	10.2	10.3	11.8	30.9	30.5	31.1	30.7
31 – 40	26.1	23.6	24.4				
41 – 50	22.1	25.5	25.2	41.1	39.9	39.0	40.1
51 – 60	20.5	19.2	30.9				
61 und älter	13.6	15.0		18.7	18.9	18.8	17.9
Insgesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

*Tabelle 6: Die Präsenz der KPI auf der zentralen und dezentralen Ebene des Staates nach dem 15.6.1975*

Mandate bzw. Positionen in der dezentralen Verwaltung		von KPI-Vertretern besetzt
<b>Parlament</b>	630	222
Präsident	1	1
Ausschußvorsitz	14	7
<b>Regionen</b>	20	
Regionalregierungen	20	6
Präsident	20	3
Regionalversammlung	1.025	318
Präsident		9
<b>Provinzen</b>	94	
Provinzregierung	94	49
Präsident	94	19
Provinzialversammlung	2.754	929
<b>Provinzhauptstädte</b>	94	
Stadtrat	4.510	1.307
Stadtverwaltung	94	39
Bürgermeister	94	21
<b>Städte über 5.000 Einwohner</b>	1.884	
Stadtverwaltung	1.884	870
Bürgermeister	1.884	512
<b>Städte und Gemeinden unter 5.000 Einwohner</b>	6.089	
Gemeindeverwaltung	6.089	1.886
Bürgermeister	6.089	836
<b>Städte und Gemeinden insgesamt</b>	8.068	
Stadtverwaltungen	8.068	2.795
Bürgermeister	8.068	1.369

Quelle: Almanacco PCI' 78, Hrsg. Zentrale Sektion für Presse und Propaganda der PCI, Rom 1978 Beiheft S. 37